

Corporate Compliance

Handbuch der Haftungsvermeidung im Unternehmen

Bearbeitet von

Dr. Christoph E. Hauschka, Dr. Klaus Moosmayer, Dr. Thomas Lösler, Sebastian Beller, Christoph Besch, Jochen Brandt, Daniel Brieger, Dr. Tobias Brouwer, Dr. Rainer Buchert, Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Jürgen Bürkle, Dr. Konstantin Busekist, Achim Diergarten, Jörg Dittrich, Dr. Johannes Dittrich, Dr. Dieter Drohmann, Dr. Nicole Franke, Louis J. Freeh, Dr. Stefan Gebauer, Dr. Andreas Gilch, Dietmar Glage, Dr. Gina Greeve, Dr. Philipp Grenzebach, Dr. Armin Griebenbeck, Marc Grötzner, Dr. Wolfgang Herb, José Hernandez, Joachim Jahn, Dr. Karsten Kerber, Dr. Christoph Klahold, Reinhold K. Kopp, Prof. Dr. Thomas Krolak, Judy-Anne Krug, Thomas Lammers, Dr. Klaus Leipold, Dr. Wolfgang Leyk, Dr. Jens Liese, Dr. Sebastian Lochen, Dr. Philip Matthey, Dr. Anja Mengel, Matthias Merz, Dr. Cedric C. Meyer, Dr. Stephan Niermann, Dr. Gerhard Obermayr, Dr. Anno Oexle, Prof. Dr. Jochen R. Pampel, Dr. Michael Pant, Dr. Andrea M. Partikel, Dr. Christian Pelz, Dr. Michael Reiling, Dr. Boris Riemer, Martin Schlaghecke, Prof. Dr. Michael Schmidl, Dr. Stefan Schmidt, Dr. Franck G. Schmidt-Husson, Dr. Andrea Schmoll, Dr. Ruth Schorn, Dr. Oliver Sieg, Dr. Monika Spiekermann, Arnulf Starck, Hans Jürgen Stephan, Dr. Ingo Theusinger, Dr. Thomas Uhlig, Prof. Dr. Michael A. Veltins, Ute Vogelsang, Dr. Dirk Weber, Matthias Wendt, Prof. Dr. Jürgen Wessing, Dr. Ralf Wojtek, Dr. Simon-Alexander Zeidler

3. Auflage 2016. Buch. LXXII, 1980 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 66297 3

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Unternehmensrecht > Compliance](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](#) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Hauschka / Moosmayer / Lösler
Corporate Compliance



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Corporate Compliance

Handbuch der Haftungsvermeidung im Unternehmen

Herausgegeben von

Dr. Christoph E. Hauschka

Rechtsanwalt in München

Dr. Klaus Moosmayer

Rechtsanwalt in Erlangen

und

Dr. Thomas Lösler

Rechtsanwalt in München

3., überarbeitete und erweiterte Auflage 2016



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Zitiervorschlag:

Autor, in: Hauschka/Moosmayer/Lösler, Corporate Compliance, § ... Rn. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 66297 3

© 2016 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz, Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Umschlaggestaltung: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das vorliegende Handbuch erfährt in seiner 3. Auflage eine Reihe tiefgreifender Veränderungen.

Seit der zweiten Auflage im Jahre 2010 sind zwei neue Herausgeber des nun als *Hauschka/Moosmayer/Lösler* erscheinenden Buches hinzugekommen. Zusätzlich zu den 49 Autoren der zweiten Auflage wenden sich 24 weitere Autoren in ihren Beiträgen ebenso neuen Themen zu.

Die Gliederung des Werkes folgt nun überwiegend dem Aufbau des Prüfungsstandards IDW PS 980 zur Prüfung von Compliance Management Systemen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V.

Auch sonst hat sich viel verändert: Während ein Verzeichnis zu weiterführender Literatur in der ersten Auflage von 2007 kaum mehr als eine halbe Seite an Zeitschriftenaufsätzen umfasst hätte – Monographien gab es damals noch keine – könnten wir in der dritten Auflage die Aufsätze nicht mehr auflisten: Alle in der CCZ Corporate Compliance Zeitschrift seit acht Jahren erschienenen Beiträge befassen sich mit Compliance und wären aufzunehmen, und die CCZ ist nur eine von mehreren Compliance-Zeitschriften am Markt. Die Zahl der Compliance-Handbücher, der Dissertationen und Habilitationen zu Compliance und der Internet-Publikationen ist unüberschaubar geworden.

In den Unternehmen, Stiftungen und Verbänden gibt es zahlreiche haupt- und nebenberufliche Compliance-Manager und die deutschen Compliance-Verbände haben sich auf ein gemeinsames Papier zum Berufsbild des Compliance Officers geeinigt, das wir im Anhang des Buches abdrucken.

Auch von US-Behörden eingesetzte Compliance-Monitore waren und sind in deutschen Unternehmen tätig. Hiermit befasst sich der Beitrag von Freeh/Hernandez (Judge Louis Freeh war als Compliance-Monitor der Daimler AG bestellt); wir haben den entsprechenden Abschnitt in englischer Sprache belassen.

Compliance ist in den Unternehmen angekommen und Compliance wird in den Unternehmen bleiben, daran gibt es keinen Zweifel mehr. Ob allerdings der Wandel im Denken und Handeln, den ich unter Berufung auf *Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799)* im Vorwort der 2. Auflage angesprochen habe, schon alle Unternehmen wirklich erreicht hat, ist fraglich. Trotzdem bleibt Compliance für die Wirtschaft ohne Alternative: „If you think compliance is expensive, try non-compliance“, der Ursprung dieser weisen Botschaft ist mir unbekannt.

Söcking, im Januar 2016

Christoph E. Hauschka

Vorwort zur ersten Auflage (2007)

„Um Recht zu tun in der Welt, braucht man nur sehr wenig zu wissen; allein um mit Sicherheit Unrecht tun zu können, muss man die Rechte studiert haben.“ sagte der Aphoristiker *Georg Christoph Lichtenberg* (1742–1799) – und so sollte es ja auch eigentlich sein. Ich habe mich persönlich bei den Corporate Governance Gesetzen der letzten Jahre (KonTrAG, TransPuG, UMAG u. a.) immer bemüht, das Recht vorhersehbar zu machen, keine Fallen zu stellen, Überraschungen für die Betroffenen zu vermeiden. Dennoch sehen sich Manager immer mehr umzingelt und verfolgt von Haftungs-, Schadensersatz- und Strafnormen aus dem Gesellschaftsrecht, dem Bilanzrecht, dem Umwelt- und Produkthaftungs-, dem Sozialversicherungs- und Kapitalmarktrecht und sogar dem Antidiskriminierungsrecht – um nur einige zu nennen. Im internationalen Konzern drohen nicht leicht zu überblickende ausländische Rechtsordnungen und auch dann, wenn man selbst alles richtig macht, wer weiß, was derweil die Mitarbeiter weltweit tun?

Es ist sehr gut verständlich, dass deshalb immer mehr Unternehmen ein Compliance-System einrichten, das die kritischen Normen erfasst und darüber wacht, dass sie eingehalten werden. Corporate Compliance dient, wie der Unter-Titel des Buches sehr zutreffend sagt, der Haftungs- und der Strafvermeidung für das Unternehmen und seine Organe. Sie dient der Prävention von Schadensfällen, der Schadensbegrenzung durch frühzeitige Aufdeckung einer Rechtsverletzung und der Erfüllung von Organisationspflichten. Sie dient damit der Minderung von Straf- und Haftungsrisiken und von Kurseinbrüchen durch Vertrauensverlust am Kapitalmarkt. Compliance ist also etwas völlig anderes, als die in den letzten Jahren in Mode gekommenen Programme und Kodices, wie „Value-Management“ und „Corporate Governance“, „Business-Ethics“, „Integrity-Codes“, „Codes of Conduct“ und „Corporate Social Responsibility“. Compliance-Systeme satteln nicht auf die vorhandenen Gesetze noch weitere Regeln auf. Die Systeme sind freiwillig und werden aus eigenem Interesse adaptiert.

Der Informationsbedarf nach Compliance ist groß. Gut, dass das Thema in diesem Werk von namhaften Autoren nach allen Seiten beleuchtet und in handlicher Form zwischen zwei Buchdeckeln abgehandelt wird.

MR Prof. Dr. Ulrich Seibert, Berlin¹

¹ Leiter des Referats Gesellschaftsrecht im Bundesministerium der Justiz und Lehrbeauftragter an der Juristischen Fakultät der Universität Düsseldorf.

Bearbeiterverzeichnis

Sebastian Beller, LL. M. (Willamette)

Rechtsanwalt, Hütte Bohnstedt Rechtsanwälte, Partnerschaft mbB, Frankfurt a. M.

Christoph Besch, MST (US Tax/Fordham NY)

Rechtsanwalt und Steuerberater, PricewaterhouseCoopers AG, Hamburg

Jochen Brandt

Externer Datenschutzbeauftragter, Inhaber der Privacy Consult Lutz Neundorf,
Hamburg

Daniel Brieger

Rechtsanwalt, Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Frankfurt a. M.

Dr. Tobias Brouwer

Bereichsleiter Recht und Steuern und Compliance-Beauftragter,
Verband der Chemischen Industrie e. V., Frankfurt a. M.

Dr. Rainer Buchert

Rechtsanwalt, Dr. Buchert & Partner Rechtsanwälte, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Petra Buck-Heeb

o. Professorin, Universität Hannover

Dr. Jürgen Bürkle

Leiter Recht und Compliance, Stuttgarter Lebensversicherung a. G., Stuttgart

Dr. Konstantin von Busekist

Rechtsanwalt und Steuerberater, KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Köln,
und Lehrbeauftragter an der Universität Duisburg-Essen

Achim Diergarten

Rechtsanwalt, Dachau

Dr. Johannes Dittrich

Rechtsanwalt, Head of Antitrust Law, BSH Hausgeräte GmbH, München

Jörg Dittrich, LL. M. oec.

Rechtsanwalt, Schlömer & Sperl Rechtsanwälte, Hamburg

Dr. Dieter Drohmann

Geschäftsführender Gesellschafter, Chemservice S. A., Grevenmacher/Luxemburg,
und Chemservice GmbH, Worms

VIII

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Nicole Franke

Rechtsanwältin, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Louis J. Freeh, J. D., LL. M.

Chairman, Freeh Group International Solutions, LLC, Wilmington (USA); ehem. U. S. Federal Judge und Director of the Federal Bureau of Investigation

Dr. Stefan Gebauer

Rechtsanwalt, Vereinigung Baden-Württembergische Wertpapierbörse e. V., Stuttgart

Dr. Andreas Gilch

Rechtsanwalt, Head of Compliance METRO Cash & Carry, METRO AG, Düsseldorf

Dietmar Glage

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Dr. Gina Greeve

Rechtsanwältin, MGR Rechtsanwälte, Frankfurt a. M.

Dr. Philipp Grenzebach

Rechtsanwalt, McDermott Will & Emery LLP, Düsseldorf

Dr. Armin Frhr. von Griebenbeck

Rechtsanwalt, HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, München

Marc Grötzner

Executive Director, Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf

Dr. Christoph E. Hauschka

Rechtsanwalt, PricewaterhouseCoopers AG, München

Dr. Wolfgang Herb

Rechtsanwalt, Daimler AG, Stuttgart

Dr. José R. Hernandez, Ph. D.

Chairman und CEO, FGI Europe AG, Zürich

Prof. Dr. Joachim Jahn

Wirtschaftsredakteur, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Berlin, Honorarprofessor an der Universität Mannheim

Dr. Karsten Kerber, LL. M.

Rechtsanwalt, BNP Paribas Real Estate Holding GmbH, Düsseldorf

Dr. Christoph Klahold

Rechtsanwalt und Chief Compliance Officer, ThyssenKrupp AG, Essen

Minister für Wirtschaft a.D. Reinhold Kopp
Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht, HEUSSEN, Berlin

Prof. Dr. Thomas Krolak
o. Professor, Fachhochschule Kiel

Judy-Anne Krug, LL. M.
Rechtsanwältin, HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, Hamburg

Thomas Lammers
Rechtsanwalt, Köhler & Klett Rechtsanwälte, Köln

Dr. Klaus Leipold
Rechtsanwalt, Lohberger & Leipold, München

Dr. Wolfgang Leyk
Pfarrer, Erlangen

Dr. Jens Liese
Rechtsanwalt, Noerr LLP, Düsseldorf

Dr. Sebastian Lochen
Rechtsanwalt und Compliance Officer, ThyssenKrupp AG, Essen

Dr. Thomas Lösler
Group Chief Compliance Officer, Allianz SE, München

Dr. Philip Matthey, LL. M.
Rechtsanwalt und Chief Compliance Officer, MAN SE, München

Dr. Anja Mengel, LL. M.
Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht, ALTENBURG Fachanwälte für
Arbeitsrecht Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Berlin

Matthias Merz
Geschäftsführer, AWA Außenwirtschafts-Akademie GmbH, Münster

Dr. Cedric C. Meyer
Rechtsanwalt, Loschelder Rechtsanwälte, Köln

Dr. Klaus Moosmayer
Rechtsanwalt und Chief Compliance Officer, Siemens AG, Erlangen

Dr. Stephan Niermann
Rechtsanwalt, Stellv. Compliance-Beauftragter, Leiter Compliance UK & Asia,
Commerzbank AG, London

Dr. Gerhard Obermayr
Geschäftsführer, Europa-Schule Dr. Obermayr, Wiesbaden

Bearbeiterverzeichnis

Dr. Anno Oexle

Rechtsanwalt, Köhler & Klett Rechtsanwälte, Köln

Prof. Dr. Jochen R. Pampel

Geschäftsführer, Dimersio GmbH, Hamburg, apl. Professor Universität Potsdam

Dr. Michael Pant

Rechtsanwalt, Pant Legal Rechtsanwälte, Frankfurt a. M.

Dr. Andrea M. Partikel

Rechtsanwältin, Brehm & v. Moers, Hamburg

Jürgen Pauthner, LL. M., EEMBA

Geschäftsführer, PauthnerDay Compliance Services, München, und Global Chief Compliance Officer Lixil Water Technology

Dr. Christian Pelz

Rechtsanwalt, Noerr LLP, München

Anika Quintus

Rechtsanwältin, BNP Paribas Real Estate Holding GmbH, Düsseldorf

Dr. Michael Reiling

Rechtsanwalt, Noerr LLP, München

Dr. Boris Riemer

Rechtsanwalt, SEITZ & RIEMER, Lörrach

Martin Schlaghecke

Geschäftsführender Gesellschafter, The Quality Group GmbH, Böblingen

Prof. Dr. Michael Schmidl

Rechtsanwalt, Baker & McKenzie, München,
Honorarprofessor an der Universität Augsburg

Dr. Stefan F. Schmidt

Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, PricewaterhouseCoopers AG, Frankfurt a. M.

Dr. Franck G. Schmidt-Husson

Rechtsanwalt, Thümmel, Schütze & Partner, Stuttgart

Dr. Andrea Schmoll

Rechtsanwältin, Osborne Clarke, Köln

Dr. Ruth Schorn, LL. M.

Rechtsanwältin, Chief Compliance Officer und Head of Corporate Compliance,
KION GROUP AG, Wiesbaden

Dr. Oliver Sieg

Rechtsanwalt, Noerr LLP, Düsseldorf

Bearbeiterverzeichnis

XI

Dr. Monika Spiekermann

Rechtsanwältin, Verlag C. H. Beck, Frankfurt a. M.

Dr. Birgit Spießhofer, M. C. J. (NYU)

Rechtsanwältin, Of Counsel, Dentons, Berlin

Arnulf Starck

Rechtsanwalt und Steuerberater, PricewaterhouseCoopers AG, Hannover

Hans-Jürgen Stephan

Rechtsanwalt und Geschäftsführer, Control Risks Deutschland GmbH, Berlin

Dr. Ingo Theusinger

Rechtsanwalt, Noerr LLP, Düsseldorf

Dr. Thomas Uhlig

Rechtsanwalt, KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Dresden

Prof. Dr. Michael Veltins

Rechtsanwalt, LSV Rechtsanwalts GmbH, Frankfurt a. M.,
Honorarprofessor an der Technischen Universität Dresden

Ute Vogelsang

Referatsleiterin im Bundesministerium des Innern, Berlin

Dr. Dirk Weber

Rechtsanwalt, Director Legal Compliance, ebay GmbH, Dreilinden

Mathias Wendt

Senior Manager, KPMG Governance & Assurance Services, Köln

Prof. Dr. Jürgen Wessing

Rechtsanwalt, Düsseldorf, Honorarprofessor an der Universität Düsseldorf

Dr. Ralf Wojtek

Rechtsanwalt, HEUKING KÜHN LÜER WOJTEK, Hamburg

Dr. Simon-Alexander Zeidler

Rechtsanwalt, SGT Rechtsanwälte, Düsseldorf



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis	Seite
Inhaltsverzeichnis	VII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XVII
	LIX

1. Abschnitt. Einführung und rechtliche Rahmenbedingungen

1. Kapitel. Einführung

§ 1. Einführung (<i>Hauschka/Moosmayer/Lösler</i>)	1
--	---

2. Kapitel. Rechtliche Rahmenbedingungen

§ 2. Wissenszurechnung und Informationsmanagement (<i>Buck-Heeb</i>)	33
§ 3. Business Judgment Rule (<i>Sieg/Zeidler</i>)	55
§ 4. Geschäftschancenlehre und Interessenkonflikt (<i>Sieg/Zeidler</i>)	84
§ 5. Strafrechtliche und zivilrechtliche Aufsichtspflicht (<i>Pelz</i>)	96
§ 6. Delegation von Organpflichten (<i>Schmidt-Husson</i>)	114
§ 7. Unternehmensführung und Gesellschaftsrecht (<i>Liese</i>)	137
§ 8. Versicherungslösungen (<i>Pant/Brieger/Beller</i>)	237

2. Abschnitt. Grundelemente eines Compliance-Systems

1. Kapitel. Compliance-Kultur

§ 9. Compliance-Kultur – Grundlagen und Evaluierung (<i>Wendt</i>)	273
§ 10. Lobbying (<i>Kopp</i>)	297
§ 11. Compliance und Corporate Social Responsibility (<i>Spießhofer</i>)	315
§ 12. Compliance als wirtschaftsethische Praxis (<i>Leyk</i>)	334

2. Kapitel. Compliance-Ziele

§ 13. Compliance-Ziele (<i>Schorn</i>)	348
--	-----

3. Kapitel. Compliance-Risiken

§ 14. Unternehmensrisiken und Risikomanagement (<i>Glage/Grötzner</i>)	363
§ 15. Risikomanagement durch Controlling (<i>Pampel/Krolak</i>)	383
§ 16. Compliance-Management-Systeme für Unternehmensrisiken im Wirtschaftsstrafrecht (<i>Pauthner/Stephan</i>)	402

4. Kapitel. Compliance-Programm

§ 17. Börsennotierte Aktiengesellschaft und Kapitalmarkt-Compliance (<i>Franke/Grenzebach</i>)	457
§ 18. Marketing und Sales (<i>Reiling</i>)	489
§ 19. Compliance in der Einkaufsorganisation (<i>Herb</i>)	521

	Seite
§ 20. Personalorganisation und Arbeitsstrafrecht (<i>Pelz</i>)	545
§ 21. Forschung und Entwicklung (<i>Schmoll</i>)	579
§ 22. Qualität und Produktentwicklung (<i>Veltins</i>)	605
§ 23. Entwicklung, Konstruktion, Fabrikation und Qualitätskontrollsysteme (<i>Veltins</i>)	612
§ 24. Instruktion, Produktbeobachtung, Produktrückruf (<i>Veltins</i>)	630
§ 25. Korruptionsbekämpfung (<i>Greeve</i>)	645
§ 26. Kartellrecht (<i>Dittrich, Johannes/Matthey</i>)	704
§ 27. Compliance in M&A-Transaktionen (<i>Liese/Theusinger</i>)	737
§ 28. Recht der IT-Sicherheit (<i>Schmidl</i>)	761
§ 29. Datenschutz (<i>Brandt</i>)	904
§ 30. Umweltschutz (<i>Meyer</i>)	943
§ 31. Unternehmenskrise und Insolvenz (<i>Pelz</i>)	968
§ 32. Compliance im Außenwirtschaftsrecht (<i>Merz</i>)	983
§ 33. Tax Compliance (<i>Besch/Starck</i>)	1031
§ 34. Geldwäsche (<i>Diergarten</i>)	1063
§ 35. Third Party Compliance (<i>von Busekist/Uhlig</i>)	1128
5. Kapitel. Compliance-Organisation	
§ 36. Compliance-Beauftragten-System (<i>Bürkle</i>)	1152
§ 37. Compliance-Organisation (<i>Klahold/Lochen</i>)	1185
§ 38. Rechtsabteilung (<i>Spiekermann</i>)	1216
6. Kapitel. Compliance-Kommunikation	
§ 39. Arbeitsrechtliche Implementierung und Durchsetzung von Compliance- Systemen und Ethikregeln im Unternehmen (<i>Mengel</i>)	1226
§ 40. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (<i>Jahn</i>)	1271
§ 41. Compliance und neue Medien (<i>Gilch</i>)	1281
§ 42. Ombudsmann und Hinweisgebersysteme (<i>Buchert</i>)	1301
7. Kapitel. Compliance-Überwachung/-Verbesserung	
§ 43. EDV-Lösungen in der Praxis (<i>Schlaghecke</i>)	1331
§ 44. Revision (<i>Obermayr</i>)	1351
§ 45. Wirtschaftsprüfung und CMS-Prüfung (<i>Schmidt</i>)	1406
§ 46. Internal Investigations – Interne Ermittlungen im Unternehmen (<i>Wessing</i>) ...	1452
§ 47. Compliance-Monitor (<i>Freeh/Hernandez</i>)	1515
 3. Abschnitt. Branchenspezifische Compliance-Organisation	
§ 48. Compliance in der Banken- und Wertpapierdienstleistungsbranche (<i>Gebauer/ Niermann</i>)	1523
§ 49. Compliance in der Versicherungswirtschaft (<i>Bürkle</i>)	1554
§ 50. Compliance in der pharmazeutischen Industrie (<i>Leipold</i>)	1589
§ 51. Compliance in der chemischen Industrie (<i>Drohmann</i>)	1614
§ 52. Compliance in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft (<i>Oexle/Lammers</i>)	1628
§ 53. Compliance im Bauwesen (<i>Greevel/von Griesenbeck</i>)	1658
§ 54. E-Business und Internet (<i>Weber/Dittrich, Jörg</i>)	1717

Inhaltsübersicht

XV

Seite

§ 55. Compliance-Pflichten des Immobilienmaklers (<i>Kerber/Quintus</i>)	1742
§ 56. Haftungsvermeidung im Transportgewerbe (<i>Wojtek/Krug</i>)	1769
§ 57. Compliance im Presse- und Verlagswesen (<i>Partikel</i>)	1798
§ 58. Compliance in der Lebensmittelwirtschaft (<i>Riemer</i>)	1824
§ 59. Compliance in Verbänden (<i>Brouwer</i>)	1846
§ 60. Compliance in der Öffentlichen Verwaltung (<i>Vogelsang</i>)	1896
§ 61. Compliance im Messebereich (<i>Partikel</i>)	1908
 Anhang: Leitlinien für die Tätigkeit in der Compliance-Funktion im Unternehmen	 1937
Sachregister	1947



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	LIX

1. Abschnitt. Einführung und rechtliche Rahmenbedingungen

1. Kapitel. Einführung

§ 1. Einführung (Hauschka/Moosmayer/Lösler)

A. Grundlagen zu Compliance	5
I. Haftungsrisiken für Unternehmen, Organe und Mitarbeiter	8
II. Compliance in der neueren Rechtsentwicklung	12
1. Rechtsgrundlagen	12
2. Rechtspflicht zur Compliance-Organisation?	13
3. Compliance in der Rechtsprechung	15
4. Compliance-Verbände und Berufsbild des Compliance-Managers	17
5. Standards für die Compliance-Organisation	17
6. Compliance in Vorschlägen zur künftigen Gesetzgebung	18
B. Compliance im Finanzdienstleistungssektor	18
I. Einführung	18
II. Europäische Finanzaufsicht	19
III. Wesentliche Neuerungen bei Stellung und Aufgaben der Compliance-Funktion	21
1. Compliance als Schlüsselfunktion	21
2. Monitoring von Rechtsänderungsrisiken	22
3. Compliance-Risiken als operationale Risiken	22
C. Internationale Aspekte der Compliance-Diskussion	24
I. Einführung	24
II. USA: Sentencing Guidelines und behördliche Leitfäden	24
III. Großbritannien: UK Bribery Act	28
IV. Internationale Regelwerke und Standards	30
D. Ausblick	31

2. Kapitel. Rechtliche Rahmenbedingungen

§ 2. Wissenszurechnung und Informationsmanagement (Buck-Heeb)

A. Wissenszurechnung als Risiko im Unternehmen	34
I. Die Zurechnung	34
II. Haftungsrelevanz	35
III. Leitgedanken der Rechtsprechung	36
B. Wissen von Organmitgliedern	38
C. Wissen von Mitarbeitern	40
I. Ältere Rechtsprechung	40
II. Neuere Rechtsprechung	41
D. „Pflicht“ zur Wissensorganisation	42
I. Überblick	42
II. Informationsweiterleitungspflicht	43
1. Grundprinzip	43
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen	44
3. Ausgestaltung der Weiterleitungspflicht	45

	Seite
III. Informationsabfragepflicht	46
1. Wissensbeschaffung	46
2. Grenzen der Abfragepflicht	47
3. Zusätzliches Informationsmanagement	47
4. Pflichten bei Mitarbeiter-/Organmitgliederwechsel	48
5. Speicherungsanforderungen	48
IV. Informationsspeicherungspflicht (Dokumentationspflicht)	49
1. Grundprinzip	49
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen	50
3. Speicherdauer	50
V. Konsequenzen der Organpflichten	51
1. Konsequenzen in Bezug auf den Vorstand/die Geschäftsführung	51
2. Konsequenzen in Bezug auf den Aufsichtsrat	51
E. Grenzen der Wissenszurechnung und des Informationsmanagements	52
F. Freizeichnung von der Wissenszurechnung?	53
G. Fazit	54

§ 3. Business Judgment Rule (Sieg/Zeidler)

A. Überblick und Entwicklung	56
I. Rechtsprechung	59
II. Gesetzgebung	60
B. Ausprägungen	63
I. Allgemein	63
II. Einzelfallbetrachtung?	64
III. Informationspflicht/Überwachung	65
IV. Verletzung von Normen und Aufsichtsvorgaben	67
1. Gesetzesverletzung	67
2. Verletzung der Satzung	71
3. Behördliche Vorgaben	72
V. Besonderheiten im Banksektor	73
1. Kreditgeschäft	74
2. Anlagegeschäft	77
3. Verletzung des Bankgeheimnisses	78
4. Sonderfall Neuer Markt?	78
VI. Sonstige Fälle	79
C. Innerorganschaftliche Verantwortungsteilung	80
D. Entlastung	82
E. Persönliche Eignung der Organmitglieder	83

§ 4. Geschäftschancenlehre und Interessenkonflikt (Sieg/Zeidler)

A. Überblick und Entwicklung	84
B. Geschäftschancenlehre	86
I. Ursprung: Wettbewerbsverbote	86
II. Sonderfall: Geschäftschancen	87
III. Geschützte Geschäftschancen	87
IV. Einzelfälle	90
V. Befreiung vom Verbot der Wahrnehmung von Erwerbschancen	91
VI. Rechtsfolgen	93
VII. Adressaten	94

Inhaltsverzeichnis

XIX

§ 5. Strafrechtliche und zivilrechtliche Aufsichtspflicht (Pelz)

Seite

A. Einführung	97
B. Strafrechtliche Aufsichtspflicht	98
I. Einführung	98
1. Aufsichtspflichtverletzung nach §§ 130, 30 OWiG	98
2. Pflichtverstoß als Straftat oder Ordnungswidrigkeit	99
II. Normadressaten der §§ 130, 30 OWiG	100
1. Betriebsinhaber, §§ 130, 9 Abs. 1 OWiG, 14 Abs. 1 StGB	100
2. Betriebsleiter, §§ 9 Abs. 2 Nr. 1 OWiG, 14 Abs. 2 Nr. 1 StGB	100
3. Sonstige Beauftragte, §§ 9 Abs. 2 Nr. 2 OWiG, 14 Abs. 2 Nr. 2 StGB	101
4. Mitglieder von Kontrollorganen, § 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG	101
5. Verhältnis der Aufsichtspflichten	102
III. Umfang der Aufsichtspflicht	102
1. Organisationspflichten	103
2. Auswahlpflichten	104
3. Instruktionspflichten	104
4. Überwachungspflichten	105
5. Sanktionspflichten	107
IV. Organisatorische Vorkehrungen zur Aufsicht	107
V. Unternehmensgeldbuße	108
C. Zivil- und haftungsrechtliche Aspekte der Aufsicht	109
I. Verhältnis §§ 130, 30 OWiG zu §§ 93 AktG, 64 GmbHG	109
II. Leitungspflicht	109
III. Risikofrüherkennungssystem	110
IV. Kontroll- und Überwachungspflichten	110
V. Legalitätspflicht und Pflicht zur Compliance	111
VI. Sonstige haftungsrechtliche Aspekte	112

§ 6. Delegation von Organpflichten (Schmidt-Husson)

A. Einführung	116
B. Gesetzliche Ausgangslage und allgemeine Grundsätze	116
I. Allzuständigkeit, Gesamtzuständigkeit, Gesamtverantwortung	116
II. Prinzipielle Zulässigkeit der Delegation von Organpflichten	117
1. Horizontale Delegation	118
2. Vertikale Delegation	118
3. Externe Delegation	118
III. Unentrinnbarkeit der Gesamtverantwortung	119
1. Gesamtverantwortung undelegierbar	119
2. Keine Zurechnung fremden Verschuldens	119
3. Verwandlung in allgemeine Aufsichtspflicht	120
IV. Vertrauensgrundsatz und Misstrauensorganisation	121
C. Zum „Ob“ der Delegation: Was nicht delegiert werden darf	122
I. Durch Gesetz explizit den Organen zugewiesene Pflichten	122
II. Die Leitung der Gesellschaft	123
III. Delegierbarkeit von vorbereitenden und ausführenden Maßnahmen	125
IV. Krisen- und Ausnahmesituationen	125
D. Zum „Wie“ der Delegation: Richtig delegieren	126
I. Formale Anforderungen	126
II. Inhaltliche Anforderungen	127
1. Auswahlorgfalt	127
2. Einweisungssorgfalt	127
3. Überwachungssorgfalt	128
III. Meta-Überwachung	129
1. Delegation der Überwachungsaufgabe	129

	Seite
2. Überwachung der Überwacher	130
3. Horizontale Delegation der Meta-Überwachung	130
4. Delegation der Organbinnenkontrolle?	130
E. Delegation im Aufsichtsrat	131
I. Höchstpersönlichkeit des Aufsichtsratsmandats	131
II. Delegationsautonomie des Aufsichtsrats	132
1. Recht und Pflicht zur Selbstorganisation	132
2. Bildung von Ausschüssen	132
3. Grenzen der Delegation	133
4. Haftungserleichterung	134
III. Delegationsfeindlichkeit der allgemeinen Überwachungsaufgabe	134
 § 7. Unternehmensführung und Gesellschaftsrecht (<i>Liese</i>)	
A. Öffentlich-rechtliche Pflichten und Registerpflichten	147
I. Gewerberechtliche Pflichten	147
1. Gewerberechtliche Anzeigepflichten	148
2. Gewerberechtliche Zulassungspflichten	149
II. Meldepflichten zum Handelsregister	149
1. Eintragungspflichtige Tatsachen und Rechtsverhältnisse	150
2. Eigeninteresse an konstitutiven Eintragungen	151
B. Aktiengesellschaft	152
I. Gründungsvorstand	152
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen den Gründungsvorstand	152
2. Zivilrechtliche Haftung des Gründungsvorstands	153
II. Geschäftsbriefe der Aktiengesellschaft	155
III. Registerpflichten des Vorstands	156
IV. Buchführungspflichten des Vorstands	157
1. Zuständigkeit und Reichweite der Buchführungspflicht	157
2. Sanktionen bei Verstößen gegen Buchführungspflichten	158
V. Der Vorstand in der Krise der Gesellschaft	159
1. Verhaltenspflichten des Vorstands während der Krise der Gesellschaft	160
2. Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen	164
VI. Einlagenrückgewähr	165
1. Verbot der Einlagenrückgewähr	165
2. Schadensersatzansprüche wegen unzulässiger Einlagenrückgewähr	166
VII. Erwerb eigener Aktien	167
1. Verbot des Erwerbs eigener Aktien	167
2. Schadensersatzhaftung bei unzulässigem Erwerb eigener Aktien	167
VIII. Ausgabe von Aktien vor voller Leistung des Ausgabebetrags	168
1. Verbot der Ausgabe von Inhaberaktien vor voller Leistung des Ausgabebetrags	168
2. Schadensersatzhaftung und Ordnungswidrigkeitentatbestand	168
IX. Verteilung von Gesellschaftsvermögen	168
X. Vergütungsgewährung an Aufsichtsratsmitglieder	168
XI. Kreditgewährung durch den Vorstand	169
XII. Unzulässige Aktienaussgabe bei bedingter Kapitalerhöhung	169
1. Ausgabe von Aktien bei bedingter Kapitalerhöhung	169
2. Haftungsfolgen bei fehlerhafter Aktienemission	170
XIII. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten	170
1. Stimmverbote in Vorstandssitzungen und Hauptversammlungen	171
2. Kollision von Verschwiegenheits- und Informationspflicht	174
3. Doppelmandate im faktischen Konzern	174
XIV. Geltendmachung von Ansprüchen	175

Inhaltsverzeichnis

XXI

	Seite
C. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	176
I. Gründungsgeschäftsführung	177
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen die Gründungsgeschäftsführer	177
2. Zivilrechtliche Haftung der Gründungsgeschäftsführer	177
II. Geschäftsbriefe der GmbH	180
III. Registerpflichten der Geschäftsführung	181
1. Anmeldepflichten gegenüber dem Handelsregister	181
2. Verpflichtung zur Aktualisierung der Gesellschafterliste	182
IV. Buchführungspflichten der Geschäftsführung	183
1. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführung	183
2. Steuerrechtliche Sanktionen und Haftung der Geschäftsführer	184
3. Ordnungswidrigkeitentatbestände und Straftatbestände	184
V. Die Geschäftsführung in der Krise der Gesellschaft	185
1. Verhaltenspflichten der Geschäftsführung	185
2. Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen	189
VI. Zahlungen aus dem Stammkapital	192
1. Pflicht zur Erhaltung des Stammkapitals	192
2. Haftungsfolgen bei Pflichtverletzungen	196
VII. Erwerb eigener Geschäftsanteile	197
1. Verbot des Erwerbs eigener Geschäftsanteile	197
2. Rechtsfolgen des verbotswidrigen Erwerbs eigener Geschäftsanteile	198
VIII. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten	199
1. Doppelmandate und Wettbewerbsverbot	199
2. Verhaltenspflichten bei Interessenkollisionen	200
3. Verschwiegenheitspflicht und Informationspflicht	203
D. Kommanditgesellschaft auf Aktien	204
I. Die traditionelle Grundform der KGaA	204
1. Der Maßstab der Sorgfaltspflichten	204
2. Haftungsmaßstab der persönlich haftenden Gesellschafter	204
II. Die Kapitalgesellschaft & Co. KGaA	205
E. Grundlagenentscheidung und Holz Müller-Rechtsprechung	206
I. Die aktienrechtliche Holz Müller-Rechtsprechung	207
1. Die Voraussetzungen einer ungeschriebenen Hauptversammlungs-	
zuständigkeit	207
2. Pflichten des Vorstands nach der Holz Müller-Doktrin	208
II. Grundlagengeschäfte nach dem GmbH-Recht	208
1. Bindung an den Unternehmensgegenstand	209
2. Grundsätze der Geschäftspolitik	209
3. Außergewöhnliche Maßnahmen	210
F. Führung und Steuerung konzernangehöriger Gesellschaften	211
I. Handelsregisterpflichten und sonstige Meldepflichten	211
1. Handelsregisterpflichten beim Eingehen einer konzernrechtlichen	
Verbindung	211
2. Meldepflichten bei Aktienwerb an einer Gesellschaft	212
II. Konzernrechnungslegung und Berichtspflichten	219
1. Konsolidierung der Bilanzen	219
2. Berichtspflichten im Rechnungslegungswesen	219
III. Haftung für fehlerhafte Konzernleitungsmaßnahmen	221
1. Pflichten und Haftungsfolgen im Vertragskonzern	221
2. Pflichten und Haftungsfolgen im faktischen Konzern	225
G. Besonderheiten mehrgliedriger Leitungsorgane	232
I. Mehrgliedrige Leitungsorgane bei der Aktiengesellschaft	232
1. Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung, § 77 Abs. 1 S. 1 AktG	232
2. Willensbildung durch Mehrheitsbeschluss	232

	Seite
3. Funktions-, sparten- oder regionenbezogene Kompetenzaufteilung	233
II. Mehrgliedrige Leitungsorgane von Gesellschaften mit beschränkter Haftung	235
§ 8. Versicherungslösungen (Pant/Brieger/Beller)	
A. Einleitung (Pant).....	238
B. Manager-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) (Pant)	239
I. Vorbemerkungen	239
II. Einzelne Versicherungsbedingungen	242
1. Anspruchserhebungsprinzip (Claims-Made)	243
2. Nachhaftung	247
3. Insolvenz	249
4. Kosten der Rechtsverteidigung	250
5. Vorsatzausschluss	252
6. Ausschluss Common-Law-Länder	252
7. Direktanspruch	253
III. Zusammenfassung	255
C. Vertrauensschadenversicherung (VSV) (Brieger/Beller)	255
I. Vorbemerkungen	255
II. Versicherungsschutz durch die VSV	257
1. Einteilung in Vertrauenspersonen und Dritte	257
2. Versicherbare Aufwendungen	262
3. Bestimmungen in zeitlicher Hinsicht	264
III. Ausschlüsse	266
IV. Obliegenheiten	269
V. Fazit	270
D. Betriebshaftpflichtversicherung, Betriebsunterbrechungsversicherung (Pant)	271

2. Abschnitt. Grundelemente eines Compliance-Systems

1. Kapitel. Compliance-Kultur

§ 9. Compliance-Kultur – Grundlagen und Evaluierung (Wendt)

A. Einführung	276
B. Anforderungen von Regulatoren und Standardsetzern	277
I. U. S. Department of Justice/U. S. Securities and Exchange Commission: A Resource Guide to the U. S. Foreign Corrupt Practices Act	278
II. U. S. Sentencing Commission: Federal Sentencing Guidelines Manual	278
III. Ministry of Justice, UK: Guidance UK Bribery Act	279
IV. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	279
V. Prüfungsstandard 980 des Instituts der Wirtschaftsprüfer	279
VI. ISO 19600: Compliance management systems – Guidelines	280
C. Unternehmenskultur – Definition und Grundlagen	281
I. Ansatz von Edgar H. Schein	282
II. Ansatz von Geert Hofstede	283
III. Ansatz von Niklas Luhmann	285
D. Themenbereichsspezifische Perspektiven auf das Phänomen Unternehmenskultur	287
I. Unternehmenskultur und Unternehmensperformance	287
II. Sicherheitskultur („Safety Culture“)	289
III. Integritätskultur („Ethical Culture“)	291
IV. Risikokultur („Risk Culture“)	291
E. Definition und Grundlagen von Compliance-Kultur	292
F. Ansätze zur Evaluierung der Compliance-Kultur	294
G. Ausblick	295

Inhaltsverzeichnis

XXIII

§ 10. Lobbying (Kopp)

Seite

A. Einleitung	298
B. Risikofelder des Lobbying	300
I. Eigene Risikomuster entwickeln	300
II. Aus der Debatte lernen	301
C. Normativer Rahmen	303
I. Verantwortliches Lobbying als übergeordnetes Ziel	303
II. Leitlinien und Transparenzregister	304
III. Österreichisches Gesetz mit Vorbildcharakter	306
IV. Standesregelungen und Selbstverpflichtungen	307
V. Politische Korruption und Abgeordnetenbestechung	308
D. Compliance-Prävention bei Lobbying-Aktivitäten	311
I. Lobbying als blinder Fleck im „Risk Mapping“	311
II. Ziele der Compliance-Programme beim Lobbying	312
III. Compliance-Management in der Praxis	313

§ 11. Compliance und Corporate Social Responsibility (Spießhofer)

A. Einführung	316
B. Corporate Social Responsibility (CSR)	316
I. CSR-Definitionen	316
II. Verhältnis von Compliance, CSR und Corporate Governance	318
III. Internationale CSR-Ansätze	319
1. Vereinte Nationen	319
2. OECD-Leitlinien für Multinationale Unternehmen	323
3. ISO 26 000:2010 Leitfaden zur gesellschaftlichen Verantwortung	324
4. Sektoren-, themen- und instrumentenspezifische CSR-Ansätze	326
IV. Europäische CSR-Strategie	328
V. Deutsche CSR-Ansätze	330
VI. Haftungserweiterung und Rechtsschutz	330
C. Zusammenfassung und Ausblick	332

§ 12. Compliance als wirtschaftsethische Praxis (Leyk)

A. Einführung	334
B. Wirtschaftsethische Evaluation der Compliance	335
I. Compliance in der Wirtschaftsethik	335
II. Compliance als solide Öffnung des Gewinnndenken	336
III. Compliance und die Moral der Märkte	337
IV. Ergebnis	338
C. Compliance und ethische Urteilsbildung	338
I. Compliance als normatives Management	338
II. Compliance und freie Urteilsbildung	340
III. Compliance-Ideale im Geschäftsalltag: Strategien der Umsetzung	341
IV. Compliance als Institution: Möglichkeiten, Regeln und Institutionen	343
V. Fazit	344
D. Compliance – Bestandteile und praktische Fragen	344
I. Organisatorische Überlegungen	344
II. Fixpunkte von Compliance, Handlungskorridore und Überlegungsgleichgewichte	345
III. Compliance und das Unternehmen	346
IV. Wirtschaftsethisches Fazit	346

2. Kapitel. Compliance-Ziele

Seite

§ 13. Compliance-Ziele (Schorn)

A. Einführung	349
B. Welches Ziel soll mit der Einrichtung eines Compliance-Management-Systems verfolgt werden? Warum legen Unternehmen Compliance-Ziele fest?	349
I. Compliance-Vorfälle als Auslöser für Compliance-Aktivität	350
II. „Aufstieg“ in die Riege börsennotierter Unternehmen	350
III. Druck von Geschäftspartnern (Anforderungen von Geschäftspartnern)	351
IV. Verbesserung des öffentlichen Ansehens	352
V. Neue/geänderte gesetzliche und politische Anforderungen	353
VI. Erhoffter Haftungsausschluss	354
VII. Gravierende Sanktionen	355
C. Festlegung der Compliance-Ziele	356
I. Auf der Grundlage der von den gesetzlichen Vertretern festgelegten „Ziele“ (Unternehmensziele)	356
1. Satzung	356
2. Strategie/Visionen	358
3. Werte, Leitbilder, Gespräche	358
II. Compliance-Ziele und Risikoanalyse	358
III. Festlegung der Compliance-Ziele auf Basis der Unternehmensziele	359
D. Einbindung der Compliance-Ziele in die Geschäftsprozesse	359
E. Compliance-Ziele erreicht? Prüfung durch Kontrolle	360
I. Interne Kontrolle	360
II. Externe Kontrolle	361
F. Ausblick	362

3. Kapitel. Compliance-Risiken**§ 14. Unternehmensrisiken und Risikomanagement (Glage/Grötzner)**

A. Einleitung	363
B. Der Risikobegriff und die Bedeutung des Risikomanagements im Unternehmen	365
I. Der Risikobegriff und mögliche Risikokategorien	365
II. Die Bedeutung des Risikomanagements im Unternehmen	367
C. Anforderungen an das Risikomanagement	368
I. Entwicklung der Anforderungen an das Risikomanagement in Deutschland	368
II. Risikomanagement und Corporate Governance	371
III. Interne Kontrollsysteme und Risikomanagement	372
D. Die Ausgestaltung von Risikomanagementsystemen	373
I. Die Bestandteile eines effektiven Risikomanagementsystems	373
1. Grundlagen	373
2. Risikostrategie und Risikomanagementorganisation	374
3. Risikomanagementprozess	376
4. Risikoüberwachung und Berichterstattung	378
5. Risikomanagement-Informationssystem	379
II. Effektive Umsetzung von Risikomanagementsystemen	379
E. Zusammenfassung und Ausblick	380

§ 15. Risikomanagement durch Controlling (Pampel/Krolak)

A. Einleitung	384
B. Controlling als Instrument der Unternehmenssteuerung	387
I. Definition Unternehmenssteuerung und Controlling	387
II. Wesentliche Controllingfunktionen	388
1. Definition des Controlling	388
2. Koordination	388

Inhaltsverzeichnis

XXV

	Seite
3. Informationsversorgung	389
4. Planung und Kontrolle	390
III. Reichweite des Controllings	391
1. Controlling als Instrument der Unternehmensführung	391
2. Operatives Controlling	391
3. Strategisches Controlling	392
C. Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmenssteuerung	394
I. Risikomanagement als Herausforderung für Unternehmen	394
II. Definition von Risiko und Risikomanagement	395
III. Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung	396
D. Zusammenführung von Risikomanagement und Controlling	396
I. Integration des Risikomanagements in die Controllingfunktionen	396
1. Risikomanagement und Controlling	396
2. Risikomanagement und Planung	398
3. Risikomanagement und Reporting	398
II. Integration des Risikomanagements in die Controllingausgestaltung	399
E. Fazit	400

§ 16. Compliance-Management-Systeme für Unternehmensrisiken im Wirtschaftsstrafrecht (Pauthner/Stephan)

A. Grundaussagen zur Wirksamkeit von CMS	404
B. Wirtschaftskriminalität	405
I. Statistik und Bedeutung	405
II. Begriff und Tatbestände	407
C. Grundsätze des Compliance-Risikomanagements	408
I. Ziel und Grundstruktur des Compliance-Risikomanagements	408
II. Begriff und Einordnung von Compliance-Risiken	409
III. Risikomanagement bei der Prävention, Aufdeckung und Reaktion	412
IV. Grundsätzliche Bewältigungsstrategien von Risiken	412
V. Organisations- und Leitungsaktivitäten der Unternehmensspitze	413
VI. Rechtliches Erfordernis der Risikoanalyse	414
VII. Autonome und Matrix-Compliance-Organisation	414
VIII. Aufgaben der Geschäftseinheiten als Risikoeigner	415
IX. Bottom-up- und Top-down-Ansatz	417
X. Compliance-Aufgaben der Internen Revision	418
XI. Wirkung der Compliance-Kultur auf das Risikomanagement	418
XII. Standards zum Compliance-Risikomanagement	419
XIII. Risikomodelle und Berechnungsansätze	420
XIV. Compliance-Risikostrategie	421
D. Identifikation von Compliance-Risiken (Phase 1)	422
I. Arbeitsziele	422
II. Grundperspektiven und Informationsquellen der Risikosammlung	422
III. Frühindikatoren, Risiko-Indikatoren und Schadensindikatoren	423
IV. Vorgehen anhand von Risiko-Indikatoren	424
V. Durchführung eines Risikoworkshops	426
VI. Ordnen potentieller Compliance-Risiken	428
E. Vorauswahl und Priorisierung von Compliance-Risiken (Phase 2)	429
F. Bewertung von Compliance-Risiken (Phase 3)	430
I. Arbeitsziele	430
II. Instrumente zur Analyse von Compliance-Risiken	430
III. Risikomatrix zur Priorisierung der Compliance-Risiken	431
IV. Datenbanken zu Compliance-Risiken und -Ereignissen	433
V. Controlling von Compliance-Risiken	435
VI. Von der Risikobewertung zur Ursachenanalyse	436

	Seite
G. Risikosteuerung: Umsetzung in Präventionsmaßnahmen (Phase 4)	436
I. Arbeitsziele	436
II. Risikoadäquate Präventionsmaßnahmen	437
III. Umsetzung in spiegelbildliche Präventionsmaßnahmen	437
IV. Fünf Kategorien von Präventionsmaßnahmen	438
V. Wirksamkeitskontrolle von Steuerungsmaßnahmen	439
VI. Beispiele zu Präventionsmaßnahmen	439
1. Allgemeine Organisationsmaßnahmen	439
2. Personalmaßnahmen	441
3. Führungsmaßnahmen	441
4. Korruptionsspezifische Maßnahmen	441
5. Reaktive Maßnahmen	441
VII. Adäquanz, Wirtschaftlichkeit und Risikoeinschätzung	442
VIII. Rechtlich geschuldete Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen	443
IX. Wirksamer Umfang von Kontrollen	444
X. Interne Regularien als Beispiel	445
H. Monitoring von Risiken und Präventionsmaßnahmen (Phase 5)	447
I. Arbeitsziele	447
II. Kontrollen der Wirksamkeit der Präventionsmaßnahmen	448
III. Risiko-Indikatoren als Überwachungsmittel	449
IV. Makro-Risikokennzahlen zum Risikokontext	450
V. Integration der Kontrollen	450
VI. Limitierungen standardbasierter CMS-Audits	451
I. Berichterstattung zu Compliance-Risiken (Phase 6)	453
I. Arbeitsziele	453
II. Kommunikation mit den am Risikomanagement Beteiligten	453
III. Voraussetzungen und Inhalte	453
IV. Berichte an den Aufsichtsrat	453
J. CMS-Ansätze in der Unternehmenspraxis	454

4. Kapitel. Compliance-Programm

§ 17. Börsennotierte Aktiengesellschaft und Kapitalmarkt-Compliance (Frankel/Grenzbach)

A. Einführung	458
B. Börsengang – Voraussetzungen für eine Börsennotierung	460
I. Zulassung und Einbeziehung	460
II. Prospekt	461
III. Einbeziehung	462
IV. Einführung	463
C. Kapitalmarktrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung	463
I. Übersicht, Systematik	463
1. Anlegerschutz und Compliance	463
2. Rechtsentwicklung und Reformvorhaben	464
II. Im Einzelnen	466
1. Insiderverbote	466
2. Insiderverzeichnisse	471
3. Ad-hoc-Publizität	473
4. Directors' Dealings	478
5. Verbot der Marktmanipulation, § 20a WpHG	480
6. Stimmrechtsmitteilungspflichten	482
7. Finanzberichterstattung nach dem WpHG	485
D. Aktienrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung	486
I. Übersicht, Systematik	486

	Seite
II. Im Einzelnen	486
1. Corporate Governance Kodex, § 161 AktG	486
2. Vergütungsstruktur der Vorstandsmitglieder, § 87 Abs. 1 AktG	487
3. Risikofrüherkennungssystem und Abschlussprüfung	487
4. Geschlechterquoten und Zielgrößen	488
5. Sonstige Auswirkungen der Börsennotierung	488
§ 18. Marketing und Sales (Reiling)	
A. Einleitung	490
B. Marketingprozess	491
I. Gewerblicher Rechtsschutz	492
1. Die einzelnen Schutzrechte	492
2. Rechtliche Risiken: Verletzung fremder Schutzrechte	497
3. Konsequenzen für Compliance-Organisation	500
II. Lauterkeitsrecht	501
1. Systematik des Lauterkeitsrechts	501
2. Rechtliche Risiken: Wettbewerbsrechtliche Ansprüche	503
3. Konsequenzen für Compliance-Organisation	504
C. Sales	504
I. Vertriebsorganisation und Vertriebskartellrecht	504
II. Kartellverbot	505
1. Spürbarkeit des Wettbewerbsverstoßes	505
2. Ausnahmen vom Kartellverbot	506
3. Freistellung	511
4. Kernbeschränkungen	511
III. Einzelfreistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	515
IV. Überblick vertikale Wettbewerbsbeschränkungen	516
V. Konsequenzen für Compliance-Organisation	519
§ 19. Compliance in der Einkaufsorganisation (Herb)	
A. Vorbemerkungen	523
B. Rechtsgrundlagen	524
I. Bewusste unternehmerische Entscheidung	525
II. Gutgläubiges Handeln	525
III. Handeln ohne Sonderinteresse und sachfremde Einflüsse	525
IV. Handeln zum Wohle der Gesellschaft	526
V. Handeln auf der Grundlage angemessener Informationen	526
VI. Exkurs	528
C. Praktische Maßnahmen zur Verhinderung von Haftungsrisiken	529
I. Verwendung standardisierter Verträge und Einkaufsbedingungen	529
II. Verwendung von Compliance-Klauseln in Einkaufsverträgen	531
III. Dokumentation von Widersprüchen gegen Einkaufsbedingungen und andere AGB	532
IV. Vertragsmanagement	533
V. Dokumentenmanagement	533
VI. Bereitstellung von Personal und Ressourcen zur Sicherung der Rechtmäßigkeit der Einkaufsorganisation	533
VII. Vier-Augen-Prinzip	534
VIII. Unterschriftenregelungen, Zeichnungsrichtlinie	534
IX. Budgetkontrolle	535
X. Änderungsmanagement im Beschaffungsprozess	535
XI. Organisatorische Maßnahmen beim Beschaffungsprozess	535
XII. Korruption und Prävention	536
XIII. Single Sourcing, Lieferantenauswahl	537

	Seite
XIV. Dokumentation der Lieferantenauswahl	537
XV. Lieferantenmanagement	538
XVI. Entscheidung und Dokumentation der Vergabeart	538
XVII. Nichtwahrnehmung zwingender Geschäftschancen	539
XVIII. IT-Systeme, Archivierung von Dokumenten	540
XIX. Unrealistische Prognosen	540
XX. Nichtdurchsetzen von Ansprüchen	540
XXI. Gewährung von Darlehen, Zwischenfinanzierungen	541
XXII. Ungesicherte Warenkredite	541
XXIII. Vorauszahlungen, Abschlagszahlungen	541
XXIV. Spekulationsgeschäfte	542
XXV. Einkauf zu marktüblichen Bedingungen	542
XXVI. Zahlungsbedingungen, Skonti, Boni	542
XXVII. Informationsfluss innerhalb der Einkaufsorganisation	542
XXVIII. Schulungen	543
XXIX. Allgemeine Beratungsleistungen	543
XXX. Lieferanteninsolvenzen – Riskmanagement	543
§ 20. Personalorganisation und Arbeitsstrafrecht (Pelz)	
A. Personalorganisation	547
I. Wichtige Mitarbeiter	547
II. Schädigung und Straftaten durch Mitarbeiter	548
III. Aufgaben- und Pflichtendelegation	548
B. Arbeitsverhältnis	549
I. Compliance-Richtlinien	549
II. Aushang-, Aufzeichnungs- und Meldepflichten	550
III. Beschäftigung von Ausländern	550
IV. Arbeitnehmerüberlassung	552
V. Arbeitnehmerentsendung und Mindestarbeitsbedingungen	556
VI. Selbständige oder nichtselbständige Beschäftigung (Scheinselbständigkeit)	558
VII. Schwarzarbeit	559
VIII. Arbeitszeit und Beschäftigungsverbote	560
IX. Entlohnung	561
1. Mindestlohn	561
2. Lohnwucher	562
X. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat	562
C. Technischer Arbeitsschutz	563
I. Arbeitsschutzgesetz	563
II. Arbeitssicherheitsgesetz	564
III. Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften	565
D. Sozialversicherung	565
E. Betrieblicher Datenschutz	566
F. Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	568
I. Ziel und Anwendungsbereich	568
II. Unmittelbare und mittelbare Benachteiligung	568
III. Einfache und sexuelle Belästigung	569
IV. Rechtfertigungsgründe	569
V. Beweislast	572
VI. Sanktionen	572
VII. Präventionspflichten	573
VIII. Faktische Handlungspflichten des Arbeitgebers	574
G. Die zivilrechtlichen Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)	577

Inhaltsverzeichnis

XXIX

§ 21. Forschung und Entwicklung (Schmoll)

Seite

A. Einleitung	580
B. Gefahrenabwehr	581
I. Arbeitssicherheit	581
II. Anlagenhaftung	581
III. Menschen in der klinischen Forschung	582
IV. Umgang mit Krankheitserregern	582
V. Tierschutz	582
VI. Gentechnik	583
VII. Chemikalienrecht	583
VIII. Radioaktive Stoffe	583
C. Verwaltung und Schutz von F&E-Ergebnissen	583
I. Ausbau und Pflege des Patent Portfolios	583
1. Patentschutz für F&E-Ergebnisse	584
2. Rechte an patentfähigen Erfindungen	586
II. Schutz von proprietärem Know-how	590
1. Allgemeines	590
2. Betriebsinterne Schutzmaßnahmen	590
3. Abschluss von Geheimhaltungsvereinbarungen bei der Zusammen- arbeit mit Dritten	591
III. Unternehmenseigene IP-Richtlinie	594
D. Freedom to Operate	595
E. F&E-Verträge	596
I. Vertragstypen	596
II. F&E-Verträge mit Unternehmen	596
III. Besonderheiten bei F&E-Verträgen mit Hochschulen und an einer Hochschule Beschäftigten	598
1. Grundsätze der Zusammenarbeit	598
2. Verhinderung von unzulässiger Einflussnahme	599
3. Negative Publikationsfreiheit des Hochschulprofessors	599
4. Vertragspartner	600
5. Schriftliche Dokumentation	600
IV. Kooperationsvereinbarungen bei nationalen Subventionen	600
1. Zuordnung der F&E-Ergebnisse	601
2. Nutzungs-, Ausübungs- und Verwertungspflicht	602
3. Einhaltung von Kontrollpflichten	602
4. Auftragsvergabe an Dritte	602
F. Kartellrechtliche Grenzen der Vertragsgestaltung	602
I. Allgemeines	602
II. Gruppenfreistellungsverordnung F&E	603
1. Kernbeschränkungen	603
2. Nicht freigestellte Beschränkungen	604

§ 22. Qualität und Produktentwicklung (Veltins)

A. Einführung	606
B. Die wesentlichen Haftungstatbestände	607
C. Compliance-Organisation in Unternehmen	608
I. Betrieblicher Bereich	610
II. Körperschaftliche Organisation	610

XXX

Inhaltsverzeichnis

§ 23. Entwicklung, Konstruktion, Fabrikation und Qualitätskontrollsysteme (Veltins)	Seite
A. Einführung	612
B. Entwicklungs- und Konstruktionsbereich	613
I. Unmittelbare Anforderungen	613
1. Produzenten- und produkthaftungsrechtliche Anforderungen	613
2. Anforderungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)	615
II. Weitere qualitätssichernde Maßnahmen	618
III. Zulieferung	619
1. Vertikale Arbeitsteilung	621
2. Horizontale Arbeitsteilung	622
3. Qualitätsfähigkeit von Zulieferern	623
C. Fabrikationsbereich	623
I. Gesetzliche Anforderungen	623
II. Qualitätsmanagementsysteme	625
III. Qualitätssicherungsprüfungen	628
IV. Ausreißer	629
 § 24. Instruktion, Produktbeobachtung, Produktrückruf (Veltins)	
A. Instruktionsbereich	630
B. Produktbeobachtungsbereich	635
C. Produktrückruf	640
 § 25. Korruptionsbekämpfung (Greeve)	
A. Einführung	647
B. Überblick über die Korruptionsdelikte	648
C. Entwicklung auf internationaler Ebene	650
D. Versagung des Betriebsausgabenabzuges	652
E. Strafbares Handeln im Einzelnen	653
I. Wettbewerbswidrige Absprachen	653
II. Bestechungsdelikte im geschäftlichen Verkehr	654
1. Geschäftlicher Verkehr	654
2. Angestelltenbestechung	654
3. Beauftragte	655
4. Vorteil	656
5. Gegenleistung/Unrechtsvereinbarung	657
6. Unlautere Bevorzugung	658
III. Korruption im Gesundheitswesen	658
IV. Straftaten im Amt/Korruptionsdelikte gemäß §§ 331 ff. StGB	659
V. Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB)	661
VI. Korruption im internationalen Geschäftsverkehr	662
1. EU-Bestechungsgesetz	663
2. Das Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung	664
3. UK Bribery Act und FCPA	667
F. Steuerstrafrechtliche Delikte	668
G. Untreue	669
H. Geldwäsche	669
I. Folgen von Korruption	670
I. Bebußung des Unternehmens	670
II. Gewinnabschöpfung	674
III. Eintragungen nach der GewO und Gewerbeentzug	678
IV. Berufsverbot (§§ 61 Nr. 6, 70 StGB)	679
V. Ausschluss vom Amt der Geschäftsführung und des Vorstandes	679

Inhaltsverzeichnis

XXXI

	Seite
VI. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen/Korruptionsregister	680
VII. Zivilrechtliche Folgen	690
J. Präventivmaßnahmen im Unternehmen und zum Schutz des Unternehmens	693
I. Notwendigkeit von Compliance	693
II. Maßnahmen zur Vermeidung von Korruptionsdelikten	697
III. Aufgaben eines Internen Kontrollsystems	699
1. Allgemein	699
2. Aufgaben im Einzelnen	699
3. Beispiel Indikatorenkatalog	701
K. Zusammenfassung	702

§ 26. Kartellrecht (Dittrich, Johannes/Matthey)

A. Einführung	705
B. Kartellrechtliche Vorgaben	706
I. Überblick über die Kartellrechtstatbestände	706
1. Anwendbares Recht: Deutschland, EU, weltweit	707
2. Kartellverbot (wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen)	708
3. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	711
4. Rechtsfolgen	715
II. Verantwortlichkeit für Kartellrechtsverstöße und Compliance-Defence	716
1. Europäisches Recht	716
2. Deutsches Recht	717
III. Aufdeckungsrisiko und Kronzeugenregelung	718
IV. Verfahren der Behörden, einschließlich Nachprüfungen (Dawn Raids)	719
1. Europäische Kommission	719
2. Bundeskartellamt	720
C. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen	721
I. Compliance-Kultur	722
II. Compliance-Organisation	723
III. Risikoanalyse	723
IV. Regelwerk	724
1. Horizontale Absprachen und abgestimmte Verhaltensweisen	725
2. Verbandsaktivitäten	725
3. Vertikale Beziehungen	726
4. Marktbeherrschende Stellung	726
5. Handlungsanweisungen für Durchsuchungen	727
V. Beratung	727
VI. Schulungen	728
VII. Überwachung und Aufdeckung	728
1. Anlassbezogene Prüfungen	729
2. Nicht anlassbezogene Prüfungen	733
VIII. Fortlaufende Weiterentwicklung	735
D. Zusammenfassung	735

§ 27. Compliance in M&A-Transaktionen (Liese/Theusinger)

A. Einleitung	739
B. Die Vorbereitungsphase einer M&A-Transaktion	740
I. Die Perspektive des Verkäufers	740
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld	741
2. Festlegung der Transaktionsstruktur	741
3. Gremienvorbehalte	742
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern	742

	Seite
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht	743
6. Dokumentation der vorvertraglichen Phase	743
II. Die Perspektive des Käufers	744
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld	744
2. Unternehmensbewertung und Transaktionsstrukturierung	745
3. Gremienzustimmungen	745
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern; Informationsfluss	745
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht	746
C. Due Diligence-Phase	746
I. Die Perspektive des Verkäufers	746
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Verkäufer	746
2. Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit der Due Diligence	747
3. Inhaltliche Beschränkungen einer Due Diligence	748
4. Die Durchführung der Due Diligence	751
II. Die Perspektive des Käufers	751
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Käufer	751
2. Due Diligence Anforderungslisten	752
3. Die Durchführung der Due Diligence	754
D. Der Vertragsschluss	754
I. Auswirkungen von Compliance-Risiken auf die Transaktionsstruktur	755
1. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Share Deals	755
2. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Asset Deals	755
II. Allokation von Compliance-Risiken im Kaufvertrag	756
1. Die Kaufpreisberechnung	757
2. Vollzugsvoraussetzungen	757
3. Garantieklauseln mit Compliance-Bezug	758
4. Freistellung von Compliance-Risiken	759
E. Post Merger Aspekte	759
I. Integration der Compliance-Organisation	760
II. Verfolgen von identifizierten Compliance-Risiken	760

§ 28. Recht der IT-Sicherheit (Schmidl)

A. Einführung	770
I. Informationstechnologie im Unternehmen und Risikoanalyse	770
1. Informationstechnologie als Risiko	770
2. Ansatzpunkte der Risikoanalyse	772
3. Häufige Versäumnisse	775
4. Externe und interne Risiken	776
II. Perspektiven des Rechts der IT-Sicherheit	777
1. Kein einheitliches Gesetz	777
2. Rechtliche Anforderungen an die Sicherheit der Informationstechnik ...	779
3. Anforderungen an den Schutz von Informationen und an die Prävention gegen IT-Risiken	779
4. Schutz elektronischer Kommunikation	780
5. Schutz personenbezogener Daten	781
6. Strafrechtlicher Schutz von Informationen	783
III. Grenzen optimaler Sicherheit	783
1. IT-Sicherheit als Compliance-Risiko	783
2. Verfassungsrechtliche Grenzen	783
3. Datenschutzrechtliche Grenzen	784
4. Strafrechtliche Grenzen	784
IV. Versuch einer zusammenfassenden Beschreibung des Rechts der IT-Sicherheit	784

	Seite
V. Gang der Darstellung	785
B. Quellen des Rechts der IT-Sicherheit	786
I. Allgemeine Rahmenvorschriften	786
1. Verpflichtung zum Risikomanagement und zur Prävention	786
2. Datenschutzrechtliche Anforderungen an die IT-Sicherheit	791
II. Spezielle Rahmennormen	798
1. Für Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen, § 109 TKG	798
2. Für Banken/Finanzdienstleister und Wertpapierdienstleistungsunternehmen, § 25a KWG und § 33 WpHG	801
3. Für Versicherungsunternehmen, § 64a VAG	805
III. BSIG – Gesetzliche Maßstäbe für sichere Informationstechnik	808
1. Maßstäbe für informationstechnische Systeme	808
2. Maßstäbe für die Unternehmensleitung	809
IV. Normen und sonstige Regelwerke	811
1. Grundschatz-Katalog des BSI	811
2. Internationale Normierungen	813
V. Vertragliche Verpflichtung zur Herstellung der IT-Sicherheit	815
VI. Typische Verletzungsfolgen	815
1. Keine abschließende Analyse	815
2. Schadensersatz und Schmerzensgeld	815
3. Versicherungsrechtliche Folgen	816
4. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen	817
5. Informationspflicht gemäß § 42a BDSG	819
6. Aufsichtsrechtliche Folgen	822
7. Reputationsverlust	823
8. Sonderproblem: § 266 StGB bei Schlechterfüllung von Pflichten der IT-Sicherheit	823
VII. Strafrechtlicher Schutz der IT-Sicherheit/Daten	827
1. Einführung	827
2. Allgemeines zu einzelnen Tatobjekten	828
3. Einzelne Straftatbestände	829
C. Elektronische Signaturen	834
I. Einführung	834
1. Bedeutung elektronischer Signaturen	834
2. Rechtliche Rahmenbedingungen	834
II. Sicherung von Identität und Authentizität – Signaturstandards	834
III. Ablauf der Signierung	836
1. Funktionsweise	836
2. Der Absender	836
3. Der Empfänger	837
IV. Unterscheidung von Signierung und Verschlüsselung	837
V. Zusammenfassung der Grundregeln	838
D. Richtlinie zur IT-Sicherheit	838
I. IT-Richtlinie als Handlungsstandard	838
1. Auswahl typischer Risiken	838
2. IT-Richtlinie und vertragliche Zusatzvereinbarungen als typische Reaktion	840
3. Regelmäßige Kontrollen und Sanktionen	841
II. Auswahl zentraler Elemente einer IT-Richtlinie	842
1. Regelungsansatz und betroffener Personenkreis	842
2. Regelungsgegenstand	843
3. Privatnutzung der IT-Infrastruktur	844
4. Intensität der Privatnutzung	844
5. Handhabung von Passwörtern	845

	Seite
6. Abwesenheitsregelungen	845
7. Inhalte und Gegenstand der Nutzung	846
8. Kopier- und Installationsverbote	846
9. Handhabung der elektronischen Kommunikation	847
10. Vorgaben zur Sicherheit	847
11. Verpflichtung zur Meldung von Sicherheitsrisiken	848
III. Auswahl wichtiger Regelungen für ein BYOD-Programm	848
E. Der IT-Sicherheitsbeauftragte (ITSB)	849
I. Ausgangsüberlegungen	849
1. Lediglich mittelbare gesetzliche Pflicht	849
2. Betriebliche Erforderlichkeit eines ITSB	850
3. Rentabilität	851
4. Pseudobeauftragter nicht sinnvoll	851
II. Auswahlkriterien	852
1. Interner oder externer ITSB	852
2. Eigenständigkeit der Funktion des ITSB	853
3. Persönliche Eignung	853
4. Personelle Kontinuität	854
5. ITSB und Datenschutzbeauftragter	854
6. ITSB und IT-Abteilung	855
III. Typische Funktionen des ITSB	856
1. Funktionen aktiv einräumen	856
2. ITSB in Überwachungsfunktion	856
3. ITSB als Berater	856
IV. Rechtliche Ausgestaltung der Position des ITSB	857
1. Maßstab der ordnungsgemäßen Pflichterfüllung	857
2. Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag beim internen ITSB	857
3. Vertrag mit dem externen ITSB	858
4. Unternehmensinterner Geltungsanspruch	859
V. Aufgaben des ITSB	860
1. Anfängliche und laufende Aufgaben	860
2. Analyse und Beratung oder Verpflichtung zum aktiven Tun	861
3. Typische anfängliche Aufgaben	862
4. Typische laufende Aufgaben	862
F. Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen der IT-Sicherheit	863
I. IT-Sicherheit als mögliches Compliance-Risiko	863
1. Übererfüllung sicherheitsbezogener Pflichten	863
2. Arbeitnehmerrechte als Schranken der IT-Sicherheit	863
3. Annahme der Eignung zur Prävention gegen Risiken für die IT-Sicherheit	865
II. E-Mail-Filterung im Lichte von §§ 206, 303a StGB	865
1. Regelungsgehalt von § 206 StGB	865
2. Auswirkungen von § 206 StGB im Bereich der E-Mail-Filterung	866
3. Regelungsgehalt und Auswirkungen von § 303a StGB	877
4. Lösungsansätze	877
III. Whistleblowing und Videoüberwachung im Lichte des Datenschutz- rechts	878
1. Zentrale Anforderungen des Datenschutzrechts	878
2. Ausgewählte Auswirkungen auf das Whistleblowing	881
3. Lösungsansätze für Whistleblowing-Systeme	882
4. Ausgewählte Auswirkungen auf die Videoüberwachung	883
IV. Sonderproblem: Screening von E-Mail- und Internetverkehrsdaten	884
1. Screening von E-Mail-Daten	884
2. Screening von Internetverkehrsdaten	888

	Seite
V. Totalüberwachung im Lichte von Art. 1 GG und sonstige Grenzen	892
1. Grenzen der Überwachung aus Art. 1 GG	892
2. Auswirkungen auf typische Maßnahmen	893
3. Zusätzlicher Schutz bei Telefon- und Videoüberwachung	893
VI. Kontrollmaßnahmen im Lichte des IT-Grundrechts	896
1. Schutzbereich des IT-Grundrechts	896
2. Auswirkungen auf Kontrollmaßnahmen	899
VII. Sonstige Folgen unzulässiger Kontrollmaßnahmen	899
1. Beweisrechtliche Folgen	899
2. Reputationsverlust	902
3. Maßnahmen von Aufsichtsbehörden	902
4. Sonstige Ansprüche und Rechte der Betroffenen	903
5. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen	903
 § 29. Datenschutz (Brandt)	
A. Einführung	906
B. Neue Entwicklungen im Datenschutz	906
C. Grundlagen des Datenschutzes	908
I. Informationelle Selbstbestimmung	908
II. Grundprinzipien des Datenschutzes	908
1. Die Rechtmäßigkeit	908
2. Die Einwilligung	909
3. Zweckbindung	909
4. Erforderlichkeit	910
5. Transparenz	910
6. Datensicherheit	910
7. Kontrolle	910
III. Gesetzliche Grundlagen	910
IV. Ausnahmen – Was ist nicht vom BDSG betroffen?	911
D. Verantwortung für den Datenschutz im Unternehmen	911
I. Verantwortlichkeit der Geschäftsführung	911
II. Risiken	911
III. Datenschutz und Konzern	912
IV. Sonderfall Arbeitnehmervertretung	912
V. Persönliche Haftung der Geschäftsführung	913
E. Datenschutzpraxis im Unternehmen	913
I. Organisation des Datenschutzes im Unternehmen	913
II. Der betriebliche Datenschutzbeauftragte (bDSB)	913
1. Bestellung	914
2. Anforderungen	914
3. Rechtliche Stellung	915
4. Aufgaben	915
5. Interner und externer bDSB	916
III. Verpflichtung auf das Datengeheimnis	917
1. Wahrung des Datengeheimnisses	917
2. Risiken durch mangelhafte Sensibilität der Mitarbeiter	917
IV. Die Pflicht zur Dokumentation und Information	918
1. Verfahrensübersicht bzw. Verfahrensverzeichnis	918
2. Vorabprüfung für neue, automatisierte Verfahren	919
3. Informationspflicht bei unrechtmäßiger Datenverwendung (§ 42a BDSG)	919
4. Weitere Dokumentationen	919
V. Verarbeitung personenbezogener Informationen im Unternehmen	920
1. Daten von Geschäftspartnern	920

	Seite
2. Beschäftigte	920
3. Verwendung von Daten zu Werbe- und Marketingzwecken	921
VI. Datenverarbeitung zu Kontrollzwecken	921
1. Datenverarbeitung zum Nachweis von Straftaten im Beschäftigungs- verhältnis	921
2. Screening von Beschäftigtendaten	922
3. Whistleblowing und Datenschutz	923
VII. Weitergabe personenbezogener Informationen	924
1. Innerhalb Deutschlands und der EU	924
2. Datenübermittlung außerhalb der EU	924
3. Datenübermittlung innerhalb verbundener Unternehmen	925
4. Datenübermittlung durch ein automatisches Abrufverfahren	925
5. Übermittlungen an Auskunftsteien	925
6. Anmerkung zum internationalen Datenverkehr	925
VIII. Spezielle Verfahren zur Verarbeitung personenbezogener Informationen	926
1. Automatisierte Einzelentscheidungen	926
2. Videoüberwachung	926
3. Verwendung mobiler Speichergeräte	927
4. Scoring	927
IX. Forderungen aus den Telekommunikationsgesetzen	928
1. Das Telekommunikationsgesetz (TKG)	928
2. Das Telemediengesetz (TMG)	928
3. Beschäftigte und Telekommunikation	929
X. Rechte der Betroffenen und ihre Umsetzung	929
1. Das Recht auf Benachrichtigung	929
2. Das Recht auf Auskunft	930
3. Das Recht auf Löschung, Sperrung und Berichtigung	930
4. Weitere Rechte	931
F. Datenschutz und Outsourcing	931
I. Datenverarbeitung im Auftrag	932
II. „Funktionsübertragung“	932
G. Neue IT-Verfahren und Datenschutz	933
I. Cloud Computing	933
1. Das Prinzip der Cloud	933
2. Datenschutzrechtliche Fragen zum Cloud Computing	933
3. Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden	934
II. Bring Your Own Device	934
1. Anforderungen an Mobile Devices	934
2. Anforderungen des Datenschutzes	935
3. Denkbare Folgen der Eigentumsfragen	935
III. Social Media	936
1. Mögliche Probleme bei der Nutzung von Social Media	936
2. Nutzung von Social Media durch Beschäftigte	936
IV. Big Data	937
1. Kurze Darstellung der Methoden von Big Data	937
2. Probleme aus der Sicht des Datenschutzes	938
H. Technische und organisatorische Schutzmaßnahmen	938
I. Organisatorische Maßnahmen	938
II. § 9 BDSG und der zugehörige Anhang	939
III. Empfohlene Sicherheitsmaßnahmen	940
I. Die Rolle der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz	940
I. Bußgelder	941
II. Strafrechtliche Verfolgung	941
J. Resümee	941

Inhaltsverzeichnis

XXXVII

§ 30. Umweltschutz (Meyer)

Seite

A. Einleitung	944
B. Umweltrechtliche Vorgaben	945
I. Gesetzliche Regelungen	945
1. Anlagen- und tätigkeitsspezifische Regelungen	945
2. Regelungen zur Umwelthaftung	950
3. Umweltgesetzbuch (UGB)	952
II. Konkrete bescheidliche Handlungspflichten	953
C. Organisation	955
D. Betriebsbeauftragte	957
E. Mitteilungspflichten	960
I. Allgemeine Mitteilungspflichten	960
II. Mitteilung der Personalisierung der Betreiberpflichten	962
III. Mitteilung einer effektiven Betriebsorganisation	962
F. Dokumentation und Aufbewahrung von Unterlagen	963
G. Zertifizierungen	965
H. Zusammenfassung	967

§ 31. Unternehmenskrise und Insolvenz (Pelz)

A. Unternehmenskrise	969
B. Monitoringpflichten	970
I. Zahlungsunfähigkeit	970
1. Definition Zahlungsunfähigkeit	970
2. Zahlungseinstellung	971
3. Zahlungsstockung	971
4. Drohende Zahlungsunfähigkeit	972
5. Liquiditätsplanung	972
II. Überschuldung	972
1. Definition Überschuldung	972
2. Überschuldungsstatus	973
III. Risikoanalyse bei Konzernstrukturen	974
C. Anzeig- und Mitteilungspflichten	974
I. Verlust der Hälfte des Stamm- bzw. Grundkapitals	974
II. Ad-hoc-Publizitätspflicht, § 15 WpHG	975
III. Aufklärungspflichten gegenüber Geschäftspartnern	975
D. Vorsorgepflichten	976
I. Sozialversicherungsbeiträge	976
II. Buchführung und Bilanzierung	977
III. Zahlung von Steuern	977
E. Fortführung der Geschäftstätigkeit	978
I. Cash Pool	978
II. Eingehen neuer Verbindlichkeiten	979
III. Befriedigung bestehender Verbindlichkeiten	979
F. Sanierung	980
I. Pflicht zur Sanierungsprüfung	980
II. Beseitigung von Zahlungsunfähigkeit	980
III. Beseitigung von Überschuldung	980
IV. Schaffung lebensfähiger Teileinheiten	981
G. Insolvenzantrag	981

§ 32. Compliance im Außenwirtschaftsrecht (Merz)

A. Rechtsgrundlagen und Rechtspflicht zur Compliance im Außenwirtschaftsrecht	985
I. Rechtsgrundlagen	985
II. Rechtspflicht zur Exportkontroll-Compliance-Organisation	988

	Seite
B. Ziele, Umfang und Instrumente einer Exportkontroll-Compliance-Organisation	990
I. Ziele	990
II. Umfang	990
1. Ausführer	991
2. Ausfuhrgut	992
3. Empfängerprüfung	999
4. Destinationsprüfung (Käufer- oder Bestimmungsland)	1006
III. Instrumente	1008
IV. Individualisierung der Verantwortung, Delegation, Beauftragte	1009
1. Verantwortliche Personen in der Exportkontrolle	1009
2. Der Zugelassene Wirtschaftsbeteiligte (AEO)	1017
3. Der Zugelassene Ausführer und ATLAS	1020
V. Ablauf der Prüfung der innerbetrieblichen Exportkontrolle	1022
VI. Offenlegung von Verstößen, § 22 Abs. 4 AWG	1024
C. Überblick zur US-Exportkontrolle	1027
I. Geltung und Umfang des US-Exportkontrollrechts	1027
II. Das Export Management System (EMS) bzw. Export Management & Compliance-Programm (EMCP)	1028
III. Red Flags Check	1029

§ 33. Tax Compliance (Besch/Starck)

A. Einführung	1032
B. Tax Compliance	1033
I. Begriff „Tax Compliance“	1033
1. Inhaltsbestimmung	1033
2. Abgrenzung zum Tax Risk Management	1035
3. Abgrenzung zur Steueroptimierung	1035
II. Funktionen von Tax Compliance-Management-Systemen	1035
III. Steuerrechtliche Determinanten für Tax Compliance	1037
1. Allgemeine steuerrechtliche Anforderungen	1037
2. Spezifische Anforderungen besonderer Steuerarten und Steuerthemen ..	1039
IV. Ausgestaltung eines Tax Compliance-Management-Systems	1050
1. Tax Compliance-Kultur	1054
2. Tax Compliance-Ziele	1055
3. Tax Compliance-Risiken	1055
4. Tax Compliance-Programm	1055
5. Tax Compliance-Organisation	1056
6. Tax Compliance-Kommunikation	1056
7. Tax Compliance-Überwachung und -Verbesserung	1057
C. Tax Operating Manual	1057
I. Tax Operating Manual als zentraler Baustein eines Tax Compliance- Management-Systems	1057
II. Richtlinien	1057
1. Konzernsteuerrahmenrichtlinie	1057
2. Bereichsrichtlinie	1058
3. Richtlinie Informationsbedarf	1058
4. Richtlinie Steuerberechnung und Steuererklärung (Ertragsteuern)	1059
5. Fristenrichtlinie	1059
6. Richtlinie Tax Risk Management	1060
7. Richtlinie zur steuerlichen Verteidigung	1061
D. Fazit	1061

Inhaltsverzeichnis

XXXIX

§ 34. Geldwäsche (Diergarten)	Seite
A. Hintergründe der Geldwäschebekämpfung	1065
I. Allgemeines	1065
II. Wie funktioniert Geldwäsche?	1066
1. Placement stage (Platzierung bzw. Einschleusung von Vermögens-	
werten)	1066
2. Layering stage (Verschleierung)	1067
3. Integration	1067
B. Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz (GwG)	1067
I. Überblick über alle Verpflichteten	1068
II. Spezielle Regelungen für bestimmte Verpflichtete	1069
1. Rechtsberatende Verpflichtete gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 7 und 7a GwG	1069
2. Spielbanken (§ 2 Abs. 1 Nr. 11 GwG)	1071
3. Güterhändler (§ 2 Abs. 1 Nr. 13 GwG)	1071
C. Sorgfaltspflichten des Geldwäschegesetzes	1072
I. Grundsätzliches	1072
II. Allgemeine Sorgfaltspflichten im Sinne des § 3 Abs. 1 GwG	1073
1. Feststellung der Identität	1073
2. Identifizierung	1074
3. Identifizierungspflicht bei Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismus-	
finanzierung	1075
4. Identifizierungspflicht bei Zweifeln an den Angaben des Vertrags-	
partners	1076
III. Zweck der Geschäftsbeziehung	1076
IV. Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten	1077
V. Fortlaufende Überwachung	1078
VI. Pflicht zur Aktualisierung	1079
VII. Risikoorientierter Ansatz	1079
VIII. Besonders relevante Risikofaktoren	1081
IX. Beendigung/Nichtaufnahme von Geschäftsbeziehungen in bestimmten	
Fällen	1081
X. Art und Weise der Identifizierung des Vertragspartners	1083
1. Erheben von Angaben	1084
2. Überprüfung der Angaben	1085
3. Ausweise für deutsche Staatsangehörige	1086
4. Ausweise für nicht-deutsche Staatsangehörige	1087
5. Ausweise für nicht-deutsche EU-Bürger und Bürger anderer Vertrags-	
staaten des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum	1087
6. Ausweise für nicht freizügigkeitsberechtigte Drittstaatsangehörige	1087
7. Flüchtlingskonten	1088
8. Juristische Personen	1090
9. Erfassung der gesetzlichen Vertreter und Mitglieder des Vertretungs-	
organs	1090
XI. Wirtschaftlich Berechtigte	1090
1. Identifizierung von wirtschaftlich Berechtigten	1091
2. Vorgehensweise bei natürlichen Personen als Vertragspartner	1092
3. Risikoangemessene Maßnahmen zur Überprüfung des wirtschaftlich	
Berechtigten	1093
XII. Vereinfachungen bei der Erfüllung der allgemeinen Sorgfaltspflichten	1094
XIII. Verstärkte Sorgfaltspflichten	1095
D. Politisch exponierte Personen (PEP)	1096
I. Grundsätzliches	1096
II. Übersicht Personenkreis	1096
III. Angehörige und nahestehende Personen als PEP	1097
IV. Erhöhte Sorgfaltspflichten bei bestimmten PEPs	1097

	Seite
V. Wer kommt als PEP in Betracht?	1097
E. Fernidentifizierung und Einschaltung von Dritten	1099
I. Fernidentifizierung im Sinne des § 6 Abs. 2 Nr. 2 GwG	1099
1. Abgrenzung zum Post-Ident-Verfahren	1099
2. Verfahren bei der Fernidentifizierung	1100
3. Identifizierung im Rahmen einer Videoübertragung	1100
II. Einschaltung Dritter	1102
1. Gesetzlich zuverlässige Dritte im Sinne des § 7 Abs. 1 GwG	1102
2. Vertraglich verpflichtete Dritte im Sinne des § 7 Abs. 2 GwG	1102
F. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	1103
I. Datenschutzrechtliche Aspekte	1104
II. Einscannen von Ausweisdokumenten	1104
G. Interne Sicherungsmaßnahmen des § 9 GwG	1104
I. Geldwäschebeauftragter (GwB)	1105
II. Unterrichtung der Mitarbeiter	1106
III. Zuverlässigkeit	1107
IV. Kontrollen	1108
V. Gefährdungsanalyse	1108
H. Ergänzende Pflichten aus dem KWG und VAG	1109
I. Pflichten aus den §§ 25g ff. KWG für Institute	1109
II. Pflichten für Versicherungen aus den §§ 80d ff. VAG	1110
III. Pflicht aus § 25h Abs. 2 KWG zum Einsatz von Datenverarbeitungs- programmen	1110
IV. Zentrale Stelle	1111
V. Verhinderung sonstiger strafbarer Handlungen	1111
VI. Weitere Pflichten für Institute gemäß § 25k KWG	1113
1. Korrespondenzbankbeziehungen	1113
2. Sortengeschäfte	1113
3. Factoring	1114
VII. Gruppenweite Einhaltung gemäß § 25l KWG	1114
I. Verdachtsfälle und deren Meldung	1115
I. Grundsätzliches zur Meldepflicht des § 11 GwG	1115
II. Nichterstattung von Verdachtsmeldungen	1116
III. Verdachtsgewinnung	1116
1. Allgemeine Anhaltspunkte	1117
2. Zusätzliche Anhaltspunkte	1118
3. Weitere Besonderheiten	1119
IV. Verdachtsmeldung wegen Verletzung der Offenlegungspflicht	1119
V. Eilfälle/Fristfälle	1120
VI. Verbot der Informationsweitergabe	1120
VII. Ausnahmen von dem Verbot der Informationsweitergabe	1121
VIII. Haftungsfreistellung	1122
1. Haftungsfreistellung des Geldwäschebeauftragten	1122
2. Schutz des § 13 Abs. 2 GwG für sonstige Mitarbeiter	1122
IX. Abgrenzung zu Strafanzeigen	1123
J. Aufsicht	1124
I. Grundsätzliches	1124
II. Befugnis zum Anordnen von Maßnahmen	1124
III. Nachweispflicht gegenüber der jeweiligen Aufsichtsbehörde	1124
IV. Auskunftsverweigerungsrecht	1125
K. Bußgeldvorschriften	1125
I. Allgemeines	1125
II. Gesetzlich geregelte Bußgeldtatbestände	1125
L. Fazit und Ausblick	1127

Inhaltsverzeichnis

XLI

§ 35. Third Party Compliance (von Busekist/Uhlig)

Seite

A. Einleitung und Begriffsbestimmung	1129
B. Rechtspflichten zu Third Party Compliance	1131
I. Recht der Bundesrepublik Deutschland	1132
1. Geldwäschegesetz	1132
2. Außenwirtschaftsrecht	1134
3. Die „allgemeine“ Aufsichtspflicht nach § 130 OWiG	1135
4. Strafrechtliche Garantenpflichten	1137
5. Gesellschaftsrechtliche Pflichten	1138
II. UK Bribery Act	1140
III. FCPA	1141
IV. Zusammenfassung	1141
C. Maßnahmen der Third Party Compliance	1142
I. Veröffentlichte Empfehlungen zu Third Party Compliance	1142
II. Erstellung eines Risikoprofils	1143
1. Anforderungen des eigenen Unternehmens	1144
2. Risikoindikatoren auf Seiten des Geschäftspartners	1144
III. Elemente der Geschäftspartnerprüfung	1146
1. Ausnahme: keine Geschäftspartnerprüfung	1147
2. Beispielhafte Elemente einer Geschäftspartnerprüfung im Standard- umfang	1147
3. Beispielhafte Elemente einer intensiven Geschäftspartnerprüfung	1148
IV. Risiko- und Verhaltenssteuerung	1150
1. Vertragsgestaltung	1150
2. Weitere Maßnahmen	1151

5. Kapitel. Compliance-Organisation

§ 36. Compliance-Beauftragten-System (Bürkle)

A. Beauftragte als Compliance-Instrument	1155
I. Gesetzliche Beauftragte	1155
II. Compliance-Beauftragte	1156
B. Elemente des Beauftragten-Systems	1157
I. Erste Ebene: Geschäftsleitung	1158
1. Organisationsermessens der Geschäftsleitung	1158
2. Dreistufiges Beauftragten-System	1162
3. Praktische Umsetzung	1163
II. Zweite Ebene: Zentraler Compliance-Beauftragter	1164
1. Aufgaben des Compliance Officers	1164
2. Objektive Tätigkeitsvoraussetzungen	1167
3. Subjektive Tätigkeitsvoraussetzungen	1169
III. Dritte Ebene: Dezentrale Compliance-Beauftragte	1171
1. Aufbau des Beauftragten-Systems	1171
2. Aufgaben der Compliance-Beauftragten	1172
C. Zusammenarbeit mit anderen unternehmensinternen Funktionen	1173
I. Risikomanagement	1174
II. Interne Revision	1175
III. Gesetzliche Beauftragte	1176
D. Outsourcing von Compliance-Funktionen	1176
I. Compliance-Verantwortung und Outsourcing	1176
II. Partielles und vollständiges Outsourcing	1177
E. Beauftragten-System im (internationalen) Konzern	1178
I. Konzern-Compliance	1178
1. Konzerndimension der Compliance	1178
2. Instrumente der Konzern-Compliance	1179
3. Compliance-Verantwortung in nachgeordneten Unternehmen	1181

	Seite
II. Auslands-Compliance	1181
1. Nationale Vorgaben	1182
2. Ausländische Vorgaben	1182
3. Praktische Umsetzung	1183
§ 37. Compliance-Organisation (Klahold/Lochen)	
A. Einführung und aktienrechtliche Grundlagen	1186
B. Anforderungen an eine wirksame Compliance im Unternehmen als Basis für die Aufbau- und Ablauforganisation	1191
C. Aufbauorganisation	1192
I. Horizontale Delegation und Festlegen des Geltungsbereiches	1192
II. Vertikale Delegation und Abgrenzung zu anderen Funktionen des Risiko- managements	1193
III. Organisationsmodelle	1195
1. Organisation auf operativer Ebene (First Line of Defense)	1195
2. Organisation der Compliance-Funktion (Second Line of Defense)	1196
D. Berichtswege und Weisungsrechte	1202
E. Ablauforganisation	1204
I. Compliance-Beratung	1204
II. Compliance-Schulungen	1205
III. Integration von Compliance in Geschäftsprozesse	1206
IV. Zusammenarbeit mit anderen Fachfunktionen	1208
1. Rechtsabteilung	1209
2. Unternehmenskommunikation	1209
3. Vertrieb	1210
4. Einkauf	1210
5. Controlling/Risk Management/Internes Kontrollsystem	1211
6. Interne Revision	1211
7. Human Resources	1212
V. Investigations	1212
F. Zusammenfassung und Ausblick	1214
§ 38. Rechtsabteilung (Spiekermann)	
A. Rechtsberatung und Risikomanagement	1217
I. Rechtsabteilung vs. externe Berater – Risikoerkennung	1217
II. Rechtsabteilung vs. externe Berater – Risikobewertung	1219
III. Rechtsabteilung vs. externe Berater – Risikovermeidung	1220
B. „Managing Corporate Legal Affairs“	1220
I. Rechtsberatung als Dienstleistung	1220
II. Arbeitsprinzipien professioneller In-House-Beratung	1221
1. Fristen, Termine, Wiedervorlagen etc.	1221
2. Unterschriften und Vertretung	1221
3. Archivierung und Dokumentation	1222
4. Mitarbeiter, Paralegals, Sekretariat	1222
5. Zentrale vs. dezentrale Rechtsabteilung, Profitcenter, Mehrfach- tätigkeiten	1222
6. Unternehmensinterne Informationspolitik, Nutzung von Daten- banken	1223
7. Externe Berater, Verzeichnisse, Beauty Contests	1223
C. Compliance-Aufgaben und Funktionen der Rechtsabteilung	1224

Inhaltsverzeichnis

XLIII

6. Kapitel. Compliance-Kommunikation

Seite

§ 39. Arbeitsrechtliche Implementierung und Durchsetzung von Compliance-Systemen und Ethikregeln im Unternehmen (*Mengel*)

A. Bedeutung des Arbeitsrechts für Compliance	1228
B. Compliance- und Ethikregeln als Inhalt des Arbeitsverhältnisses	1229
I. Grundlagen – arbeitgeberseitiges Weisungsrecht und Grenzen	1230
1. Tätigkeitsbezogene Weisungen zu Compliance	1231
2. Konkretisierbare Nebenpflichten der Arbeitnehmer	1231
3. Grenze: Billiges Ermessen	1233
4. Änderung und Ablösung	1241
II. Grundlagen – Arbeitsvertragliche Vereinbarungen und Grenzen	1241
1. Einführung durch Vereinbarung und Änderungskündigung	1241
2. Grundlagen der Inhaltskontrolle – Angemessenheit und Transparenz ...	1243
3. Änderung und Ablösung	1245
4. Strategische Überlegungen	1246
III. Grundlagen – Abschluss und Ablösung einer Betriebsvereinbarung	1247
IV. Grundlagen – Implementierung durch Tarifverträge	1249
C. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Implementierung	1250
I. Grundlagen – Mitbestimmungstatbestände	1251
1. Ordnungsverhalten im Betrieb, § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG	1252
2. Technische Einrichtungen, § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG	1254
3. Personalfragebogen, § 94 BetrVG	1255
4. Einstellungsauswahlrichtlinien, § 95 BetrVG	1256
II. Sonderfall: Tendenzunternehmen, § 118 BetrVG	1257
D. Strategien bei der Gestaltung	1258
E. Feststellung und Aufklärung von Compliance- und Ethikverstößen	1259
I. Grundlagen der arbeitsrechtlichen Einzelfallkontrolle	1259
II. Unternehmensinterne Investigations	1260
1. Auswertung dienstlicher Daten	1261
2. Auswertung privater Daten	1262
3. Befragungen von Arbeitnehmern	1263
4. Amnestieregelungen	1264
5. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	1265
F. Arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Verletzungen von Compliance- und Ethikregeln	1265
I. Grundlagen arbeitsrechtlicher Maßnahmen	1266
II. Reaktion gegenüber Informanten (Whistleblowern)	1268

§ 40. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (*Jahn*)

A. Einleitung	1272
B. Pressearbeit	1273
C. Investor Relations	1276
D. Organisation	1277
E. Medienbranche	1278
F. Krisenbewältigung	1280

§ 41. Compliance und neue Medien (*Gilch*)

A. Einleitung	1282
I. Soziale Medien in der Gegenwart	1282
II. Strategie & Regulation	1284
B. Haftungsvermeidung	1285
I. Persönlichkeitsrechte	1285
II. Meinungsfreiheit	1285
III. Recht am eigenen Bild	1287
IV. Urheberrecht	1287
V. Datenschutz	1290

	Seite
C. Regelungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	1293
I. Ausgangslage	1293
II. Regelungsinhalte	1294
1. Regelungszweck	1295
2. Verantwortlichkeiten	1295
3. Allgemeine Verhaltensgrundsätze	1295
4. Geheimhaltung und Vertraulichkeit von Informationen	1296
5. Respekt vor Mitbewerbern und Produkten	1298
6. Einhaltung des Urheberrechts	1298
7. IT-Sicherheit und Kontinuität	1298
8. Handlungsempfehlungen für die Kommunikation	1298
9. Zulassung der Nutzung in der Arbeitszeit	1299
10. Verhaltensgrundsätze für private Aktivitäten	1299
11. Ansprechpartner für Fragen	1300
D. Zusammenfassung	1300

§ 42. Ombudsmann und Hinweisgebersysteme (Buchert)

A. Einleitung	1302
B. Hinweisgebersysteme	1304
I. Überblick	1304
II. Internes Whistleblowing	1304
III. Externe Hinweisgebersysteme	1307
1. Ombudsmann/Ombudsfrau (Ombudspersonen)	1307
2. Internet-basierte elektronische Hinweisgebersysteme	1314
3. Call Center zur Hinweisentgegennahme	1315
IV. Rechtspflichten zur Installation von Hinweisgebersystemen?	1316
V. Gründe für die Einführung von Hinweisgebersystemen aus Unternehmenssicht und Vorteile für Hinweisgeber	1318
1. Einführung von Hinweisgebersystemen aus Unternehmenssicht	1319
2. Nutzen für Hinweisgeber	1321
C. Implementierung von Hinweisgebersystemen	1324
I. Rechtliche Anforderungen an Hinweisgebersysteme	1324
II. Wesentliche inhaltliche Anforderungen an Hinweisgebersysteme	1325
1. Kreis der Hinweisgeber	1325
2. Gegenstand von Meldungen	1326
3. Kommunikationswege für Hinweisgeber	1327
III. Anforderungen an die Ombudsperson	1328
IV. Vertragsgestaltung	1328
V. Ausrollen des Systems	1329
D. Schlussbetrachtung	1329

7. Kapitel. Compliance-Überwachung/-Verbesserung

§ 43. EDV-Lösungen in der Praxis (Schlaghecke)

A. Nutzen-Analyse von EDV-Lösungen	1332
I. Einleitung	1332
1. Notwendigkeit von EDV-Lösungen	1333
2. Welche Unternehmen benötigen solch eine Lösung?	1333
II. Häufige Probleme und Risiken im Vertrags- und Aktenmanagement	1334
B. Die Nutzung von Informationssystemen für Interne Kontrollsysteme	1335
I. Managementaufgaben	1335
II. Standardsoftware für Interne Kontrollsysteme	1338
1. Vertragsmanagement	1338
2. Aktenmanagement	1342

Inhaltsverzeichnis

XLV

Seite

3. Beteiligungsmanagement	1343
4. Organisationsstrukturen- und Unterschriftenmanagement	1344
5. Compliance-Management-System	1346
6. Geschäftsprozessmanagement	1347
7. Moderne Wissensvermittlung	1348
8. Compliance Monitoring	1348
C. Epilog	1349
 § 44. Revision (Obermayr)	
A. Einführung	1353
B. Gesellschaftsrechtlicher Rahmen für die Tätigkeit der Internen Revision	1354
I. Relevante Gesetze und Normen für die Interne Revision	1355
1. KonTraG	1355
2. UMAG	1356
3. DCGK	1357
4. BilMoG	1358
II. Wechselwirkung zwischen Recht und Betriebswirtschaftslehre	1360
1. Relevanz und Konsequenzen unbestimmter Rechtsbegriffe für die Unternehmensleitung	1360
2. Anforderungen an betriebswirtschaftliche Standards und ihre rechtliche Bedeutung	1362
III. Auswirkungen der Business Judgment Rule (BJR) für die Tätigkeit der Internen Revision	1364
1. Entwicklung der Business Judgment Rule in der Rechtsprechung und im Gesetz und die Ausstrahlungswirkung auf andere Rechtsformen	1364
2. „Angemessene Informationen“	1366
IV. Zwischenfazit	1367
C. Interne Revision im Kontext der betrieblichen Führungsorganisation	1368
I. Tätigkeitsmerkmale und -felder der Internen Revision	1368
1. Begriffliche Fixierung	1368
2. Stellung der Internen Revision im Überwachungssystem	1369
3. Aufbauorganisatorische Aspekte der Internen Revision	1370
4. Funktion und Tätigkeitsfelder der Internen Revision im Unternehmen	1371
II. Anforderungen an die Interne Revision	1374
1. Besondere Stellung des Revisionsleiters	1374
2. Fachliche Kompetenz der Mitarbeiter	1374
3. Berufliche Sorgfalt	1375
4. Revisionsmanagement	1376
5. Qualitätsmanagement in der Internen Revision	1378
III. Anforderungen an die Unternehmensleitung	1379
1. Compliance-Umfeld	1379
2. Organisationshandbuch und Dokumentationserfordernisse	1379
3. Geschäftsordnung bzw. Richtlinie der Internen Revision	1379
4. Unabhängigkeit	1380
5. Informations- und Prüfungsrecht	1381
6. Ausstattung	1381
IV. Ausgewählte verbindliche Organisationsstandards zum Internal Control und Financial Reporting im US-amerikanischen Raum	1381
1. COSO II und COSO-ERM	1381
2. Sarbanes-Oxley Act (SOA)	1383
3. Anwendungsbereich der COSO- und SOA-Standards	1385
4. Das Three Lines of Defense-Modell	1385
D. Interne Revision und Haftung	1387
I. Begriff des Organisationsverschuldens	1387

	Seite
II. Zivilrechtlicher Organhaftungstatbestand im Gesellschaftsrecht	1389
III. Interne Revision und Gesellschaftsrecht	1390
1. Anforderungen aus der Rechtsprechung an die Überwachungsintensität	1390
2. Interne Revision und Rechtspflichten	1391
3. Interne Revision und Organisationsverschulden	1392
IV. § 130 OWiG und Interne Revision	1393
V. Zwischenfazit: Organisationspflicht zur Internen Revision?	1394
E. Die Interne Revision als Instrument der Haftungsvermeidung	1395
I. Grundüberlegungen	1395
II. Zusammenarbeit von Vorstand und Interner Revision	1396
III. Zusammenarbeit von Abschlussprüfer und Interner Revision	1397
IV. Zusammenarbeit von Vorstand, Aufsichtsrat und Interner Revision	1399
1. Pflichten des Aufsichtsrats	1399
2. Stellung des Revisionsleiters zwischen Vorstand und Aufsichtsrat	1400
V. Organisatorische Besonderheiten im Konzern	1402
F. Fazit	1404
 § 45. Wirtschaftsprüfung und CMS-Prüfung (Schmidt)	
A. Einführung in die Grundlagen des IDW PS 980	1408
I. Pflichtenrahmen für Unternehmensorgane	1408
II. Bedeutung des Urteils des LG München I für den Pflichtenrahmen der Unternehmensorgane	1410
III. Abgrenzung zur Abschlussprüfung	1411
IV. Nutzen von CMS-Prüfungen für Unternehmen	1412
V. Grenzen einer CMS-Prüfung	1413
B. Einrichtung von Compliance-Management-Systemen	1414
I. Grundlagen	1414
II. Bestimmung von Grundsätzen für Compliance-Management-Systeme	1414
III. Die Grundelemente von CMS	1418
1. Überblick	1418
2. Compliance-Kultur	1418
3. Compliance-Ziele	1419
4. Compliance-Risiken	1420
5. Compliance-Programm	1421
6. Compliance-Organisation	1422
7. Compliance-Kommunikation	1422
8. Compliance-Überwachung und -Verbesserung	1423
C. Gegenstand, Umfang und Ziele der Prüfung nach IDW PS 980	1423
I. Teilbereiche des Compliance-Management-Systems	1423
II. CMS-Beschreibung als Prüfungsgegenstand	1424
III. Arten der CMS-Prüfung	1427
1. Wirksamkeitsprüfung	1427
2. Konzeptionsprüfung	1428
3. Angemessenheitsprüfung	1428
4. Gegenüberstellung der Prüfungsarten	1429
IV. Prüfungsprozess	1431
1. Berufspflichten	1431
2. Auftragsannahme	1431
3. Prüfungsplanung	1432
4. Prüfungsdurchführung	1434
5. Weitere Prüfungshandlungen	1436
6. Auswertung der Prüfungsfeststellungen und Ableitung des Prüfungsurteils	1438

Inhaltsverzeichnis

XLVII

	Seite
7. Dokumentation	1439
8. Berichterstattung	1439
V. Kritische Bereiche einer CMS-Prüfung	1441
D. Möglichkeiten der Prüfung von Compliance-Management-Systemen nach ISO 19600	1445
I. Grundlagen des ISO 19600	1445
II. Verhältnis von IDW PS 980 und ISO 19600	1446
1. Abgrenzung der Anwendungsbereiche	1446
2. Verhältnis der Kriterien des ISO 19600 zu den Grundelementen des IDW PS 980	1447
III. Prüfung eines nach ISO 19600 eingerichteten Compliance-Management-Systems	1449
IV. Würdigung	1450
E. Zusammenfassung und Ausblick	1450

§ 46. Internal Investigations – Interne Ermittlungen im Unternehmen (Wessing)

A. Geschichte und Herkunft von „Internal Investigations“	1456
B. Problematik der internen Ermittlungen	1458
C. Recht oder Pflicht zu internen Ermittlungen?	1458
I. In den USA börsennotierte Unternehmen	1458
II. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich	1460
III. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen in Österreich	1461
IV. Unternehmen in Deutschland ohne Auslandsbezug	1462
V. Ausblick	1464
D. Rechtliche Grundlagen der internen Ermittlungen	1465
I. Unterlagen-, EDV- und E-Mail-Auswertung	1465
1. Datenschutz im Einzelnen	1465
2. Dienstliche Unterlagen, Dateien und E-Mails	1466
3. Private Unterlagen und Dateien	1467
4. Durchsuchung und Beweissicherung in Büroräumen des verdächtigen Arbeitnehmers	1468
5. Bindung an das Fernmeldegeheimnis bei erlaubter privater Internet- und E-Mail-Nutzung	1469
II. Mitarbeiterbefragung	1469
1. Teilnahmepflicht	1470
2. Auskunftspflichten	1470
3. Verwertbarkeit der Aussage im Strafverfahren und Beschlagnahme	1473
4. Amnestiezusagen	1474
5. Durchführung der Mitarbeiterbefragung	1475
6. Beteiligung des Betriebsrats	1476
7. Dokumentation	1478
8. Verteidigung oder Zeugenbeistand des Mitarbeiters	1478
E. Mitwirkende Personen – Rechtsstellung und Funktion	1479
I. Unternehmensanwalt/-verteidiger	1480
II. Projektleiter und Projektteam	1481
III. Geschäftsleitung/Vorstand	1482
IV. Revision	1482
V. Rechtsabteilung	1483
VI. Compliance-Abteilung	1483
VII. Anwälte der betroffenen Mitarbeiter	1484
VIII. Berater aus anderen Rechtsgebieten	1485
F. Organisation der internen Ermittlungen	1486
I. Ausgangssituation – Analyse und Erkennen	1486

	Seite
II. Arbeitsplan und Projektorganisation	1487
1. Planung und Organisation nationaler interner Ermittlungen	1487
2. Planung und Organisation bei Auslandsbezug	1488
III. Durchführung	1488
1. Beweissicherung	1488
2. Auswertung	1492
3. Strategiefindung	1493
IV. Verlaufskontrolle	1493
G. Ergebniszusammenfassung	1494
I. Abschlussbericht	1494
II. Konsequenzen	1495
H. Strafbarkeitsrisiken interner Ermittler	1496
I. Amtsanmaßung und Nötigung	1496
1. Amtsanmaßung gem. § 132 StGB	1496
2. Nötigung gem. § 240 StGB	1497
II. Verletzung von Privatgeheimnissen gem. § 203 StGB	1498
III. Parteiverrat, § 356 StGB	1499
IV. Strafbarkeit durch Zugriff auf Arbeitnehmerdaten	1501
V. Grenzen der Arbeitnehmerüberwachung	1502
I. Besonderheiten bei Auslandsbezug	1503
I. Externe Ermittler	1503
1. Ermittlungen durch SEC und DOJ	1503
2. Ermittlungen des SFO	1504
II. Ausländisches Recht	1505
1. US-Recht	1505
2. UK Bribery Act	1507
III. Kooperation in Auslandsfällen	1508
J. Beteiligung der Strafverfolgungsbehörden	1510
I. Kontakt und Kooperation mit der Staatsanwaltschaft	1510
II. Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft	1511
III. Verständigung	1512
K. Umgang mit den Medien	1513
 § 47. Compliance-Monitor (Freeh/Hernandez)	
A. Introduction	1515
B. United States Guidelines Related to the Imposition, Selection, and Mandate of an Independent Corporate Monitor in the Resolution of FCPA Matters	1517
I. Guidelines for the Imposition of a Monitor by the DOJ and/or SEC	1517
II. Guidelines for the Selection and Mandate of a Monitor	1518
C. Conclusion	1521
 3. Abschnitt. Branchenspezifische Compliance-Organisation	
§ 48. Compliance in der Banken- und Wertpapierdienstleistungsbranche <i>(Gebauer/Niermann)</i>	
A. Einleitung	1524
I. Die Compliance-Definition im Finanzmarktrecht	1524
II. Die Entwicklungsstufen der Compliance-Funktion	1529
III. Regelungssystematik	1532
B. Compliance-Maßnahmen	1535
I. Evidenz über die zu beachtenden Pflichten	1535
II. Compliance-Abteilung	1536
1. Aufgaben	1536
2. Aufbau und Struktur	1549

Inhaltsverzeichnis

XLIX

§ 49. Compliance in der Versicherungswirtschaft (<i>Bürkle</i>)	Seite
A. Einleitung	1557
B. Branchenspezifische Bedeutung der Compliance	1557
I. Produktspezifika	1557
1. Rechtsprodukt	1557
2. Vertrauensprodukt	1557
II. Reputationsschutz	1558
III. Werteorientierte Unternehmensführung	1559
IV. Vermeidung staatlicher Eingriffe	1559
1. Unternehmensbezogene Eingriffe	1559
2. Organbezogene Eingriffe	1560
3. Anteilseignerbezogene Eingriffe	1561
V. Vermeidung staatlicher Regulierung	1561
VI. Schadens- und Haftungsprävention	1562
C. Rechtsumfeld	1562
I. Regulierung	1562
1. Nationale Regulierung	1563
2. Supranationale Regulierung	1571
II. Selbstregulierung	1573
III. Standards	1574
D. Compliance-Organisation	1575
I. Aktuelles nationales Aufsichtsrecht	1575
1. Geschäftsleiterverantwortung	1577
2. Gesamtverantwortung	1578
3. Organisationsermessen	1578
II. Künftiges Europäisches Aufsichtsrecht	1579
1. Compliance-Verantwortung	1579
2. Europäisches Governance-System	1580
3. Organisation der Compliance-Funktion	1581
4. Teilfunktionen der Compliance-Funktion	1583
§ 50. Compliance in der pharmazeutischen Industrie (<i>Leipold</i>)	
A. Einleitung	1590
B. Korruption	1592
I. Rechtlicher Rahmen	1592
1. Korruption im Öffentlichen Dienst	1592
2. Korruption im allgemeinen Wettbewerb	1593
3. Rechtslage bei Kassenärzten	1594
II. Lösungsansatz Ethikrichtlinien	1595
1. Trennungsprinzip	1596
2. Transparenzprinzip	1596
3. Dokumentationsprinzip	1596
4. Äquivalenzprinzip	1597
III. Interne Organisation	1597
1. Praktische Konsequenzen aus den vier Prinzipien	1597
2. Zentrales Vertragsmanagement	1599
3. Dienstanweisung und Mitarbeiterschulung	1600
IV. Einzelfälle	1600
1. Auftragsvergaben	1601
2. Geräteüberlassung	1603
3. Fachliche Fortbildung	1604
4. Sponsoring	1606
5. Spenden	1607
6. Geschenke	1608
7. Bewirtung	1608

	Seite
C. Betrug und Untreue	1609
D. Produktsicherheit	1610
I. Rechtlicher Rahmen	1610
1. Produkthaftung	1610
2. Besondere Überwachungsvorschriften	1611
II. Organisatorische Maßnahmen	1612
1. Stufenplanbeauftragter	1612
2. Schulung der Pharmareferenten	1612
3. Qualitätssicherungssystem	1613
§ 51. Compliance in der chemischen Industrie (Drohmann)	
A. Einleitung	1614
B. Internationale Gesetzgebung in der chemischen Industrie	1615
C. Gesetzgebung in der EU und in Deutschland	1617
D. Organisation der Produkt-Compliance	1624
§ 52. Compliance in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft (Oexle/Lammers)	
A. Einführung	1630
B. Abfallrechtliches Regelungsregime	1630
I. Überblick	1631
1. Europarecht	1631
2. Bundesrecht	1631
3. Landesrecht	1631
4. Kommunalrecht	1632
5. Konkret-individuelle administrative Vorgaben	1632
II. Systementscheidungen	1632
1. Abfall oder Produkt	1632
2. Verwertung oder Beseitigung	1634
III. Grundpflichten	1635
1. Vermeidung	1635
2. Verwertung und Beseitigung	1635
IV. Produktverantwortung	1636
C. Haftung	1638
I. Verwaltungsrecht	1638
II. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1639
1. Straftatbestände	1639
2. Ordnungswidrigkeitentatbestände	1641
3. Exkurs: Rechtsfolgen im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	1641
III. Zivilrecht	1644
D. Regelungen mit Organisationsbezug	1644
I. Anzeige- und Mitteilungspflichten nach § 58 KrWG	1644
1. Anzeige der verantwortlichen Person	1644
2. Mitteilung betriebsorganisatorischer Maßnahmen	1645
II. Sonstige Anzeige-, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten	1645
1. Nachweis- und Registerpflichten	1645
2. Anzeigepflichten nach § 53 KrWG	1646
3. Sonstiges	1647
III. Betriebsbeauftragter für Abfall	1647
IV. Zertifizierungsfähige Umweltmanagementsysteme	1649
1. EMAS	1649
2. ISO	1650
3. Entsorgungsfachbetrieb	1650
4. Fazit	1652

Inhaltsverzeichnis

LI

	Seite
E. Betriebsorganisation	1652
I. Identifikation abfallrelevanter Risikobereiche	1652
II. Information und Kommunikation	1652
III. Ressortierung	1653
IV. Delegation	1653
V. Drittbeauftragung („Externe Delegation“)	1654
VI. Maßnahmen beim Einsatz von Sekundärrohstoffen und Ersatzbrennstoffen	1654
VII. Maßnahmen gegenüber Lieferanten	1655
VIII. Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen	1655
IX. Umweltkrisenstab	1656
X. Versicherung	1656
XI. Dokumentation	1656
F. Fazit	1657
 § 53. Compliance im Bauwesen (Greevel/von Griebenbeck)	
A. Illegale Beschäftigung am Bau (Greeve)	1660
I. Einführung	1660
II. Straf- und bußgeldrechtliche Verantwortung des Unternehmens und der verantwortlich Handelnden	1661
1. Individuelle Verantwortung	1661
2. Haftung des Unternehmens als juristische Person	1662
3. Notwendige Aufsichtsmaßnahmen	1663
4. Ausdrückliche Unternehmerhaftung bzw. -verantwortung	1665
III. Überblick über die wesentlichen Normen	1669
IV. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1670
1. Vorbemerkungen	1670
2. Erlaubnispflicht	1672
3. Abgrenzung zu anderen Vertragsformen	1673
4. Abgrenzungskriterien	1675
5. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten wegen illegaler Arbeitnehmerüberlassung	1676
6. Auftragssperre	1677
7. Sonstige Folgen	1677
V. Arbeitnehmerentsendegesetz	1678
1. Anwendungsbereich und wesentlicher Inhalt	1678
2. Weitere Mindestarbeitsbedingungen	1681
3. Durchgriffshaftung	1681
4. Ordnungswidrigkeiten	1682
5. Auftragssperre	1682
VI. Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG)	1683
1. Bußgeldvorschriften	1683
2. Auftragssperre und sonstige Folgen	1684
VII. Mindestlohngesetz (MiLoG)	1685
1. Anwendungsbereich und wesentlicher Inhalt	1685
2. Bußgeldtatbestände	1687
VIII. Sonstige Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten	1687
IX. Folgen von Verstößen	1688
X. Kontinuierliche Verschärfung der Gesetzeslage	1692
XI. Notwendigkeit von Compliance	1694
B. Unfallprävention am Bau (von Griebenbeck)	1698
I. Einführung	1698
II. Normative Vorgaben zur Verkehrssicherung auf Baustellen	1699
1. Europarechtliche Vorgaben	1699

	Seite
2. Öffentlich-rechtliche Schutzvorschriften	1699
3. Technische Normen	1703
III. Haftung bei Unfällen am Bau	1703
1. Strafrechtliche Haftung	1703
2. Zivilrechtliche Haftung	1705
IV. Elemente eines Compliance-Konzeptes	1710
1. Haftungsvermeidung auf Seiten des Bauherrn	1710
2. Haftungsvermeidung auf Seiten der ausführenden Bauunternehmen	1713
V. Zusammenfassung	1715
§ 54. E-Business und Internet (Weber/Dittrich, Jörg)	
A. Einleitung	1718
B. Allgemeine Pflichten der Provider	1719
I. Wegfall der Abgrenzung Teledienst zu Mediendienst	1719
II. Herkunftslandprinzip (§ 3 Abs. 1 TMG)	1720
III. Allgemeine Informationspflichten (§ 5 TMG)	1721
C. Providerhaftung gem. §§ 7–11 TMG	1722
I. Content-Provider = Haftung für eigene Inhalte	1722
II. Access-Provider = Haftung für vermittelte Inhalte	1723
III. Host-Provider = Haftung für fremde Inhalte	1723
1. BGH-Entscheidung „Rolex ./ Ricardo“	1724
2. Stellungnahme zu der BGH-Entscheidung „Rolex ./ Ricardo“	1724
3. Aktuellere Rechtsprechung in der Folge der BGH-Entscheidung „Rolex ./ Ricardo“	1726
4. BGH-Entscheidung „marions-kochbuch.de“	1727
5. EuGH-Entscheidung „L'Oréal ./ eBay“	1728
D. Fernabsatzrecht und elektronischer Geschäftsverkehr	1728
I. Anwendungsbereich	1729
II. Informations- und Belehrungspflichten	1730
1. Vorabinformationen	1730
2. Pflicht zur Bestätigung des Vertrages	1735
III. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1735
1. Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	1736
2. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312j BGB)	1737
IV. Risiken bei Pflichtverstößen	1738
1. Vertragliche Risiken des Unternehmens	1738
2. Wettbewerbsrechtliche Haftungsrisiken	1739
§ 55. Compliance-Pflichten des Immobilienmaklers (Kerber/Quintus)	
A. Antigeldwäsche	1743
I. Einleitung	1743
II. Geldwäsche, Terrorismusbekämpfung – Grundlagen und Definitionen	1746
1. Definition Geldwäsche	1746
2. Definition Terrorismusfinanzierung	1746
3. Gesetzliche Grundlagen: Pflichten und Rechtsfolgen	1747
4. „Know-Your-Customer“-Prinzip	1749
III. Pflichten des Geldwäschegesetzes	1749
1. Identifikation des Vertragspartners	1750
2. Feststellung und Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten	1757
3. Verstärkte Sorgfaltspflichten	1758
4. Verdachtsmeldung	1761
5. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten	1763

Inhaltsverzeichnis

LIII

Seite

IV. Interne Organisation und Maßnahmen	1764
1. Geldwäschebeauftragter und Compliance Officer	1764
2. Client Acceptance Committee	1764
3. Schulungen und Zuverlässigkeitsprüfungen	1764
4. Kontrollmechanismen	1765
B. Das Widerrufsrecht des Verbrauchers bei Maklerverträgen	1765
I. Einleitung	1765
II. Voraussetzungen	1766
III. Neue Maklerpflicht gegenüber Verbrauchern: Belehrung über das Widerrufsrecht	1766
IV. Rechtsfolgen einer korrekten Belehrung über das Widerrufsrecht	1767
V. Rechtsfolgen einer falschen oder fehlenden Belehrung über das Widerrufsrecht	1767
VI. Folgen des Widerrufs	1767

§ 56. Haftungsvermeidung im Transportgewerbe (Wojtek/Krug)

A. Einleitung	1770
B. Haftungsrisiken beim Landtransport	1771
I. Grundlagen der Haftung	1771
1. Nationale Transporte	1771
2. Internationale Transporte	1774
3. Gefahrguttransporte	1775
II. Haftungsbegrenzungen	1775
1. Gesetzliche Haftungsbegrenzungen	1775
2. Vertragliche Haftungsbegrenzungen	1776
III. Durchbrechung der Haftungsbegrenzungen	1776
1. Vorsätzliche Schadensverursachung	1777
2. Leichtfertige Schadensverursachung	1777
3. Grobes Organisationsverschulden	1778
4. Haftungseinschränkung durch Mitverschulden	1779
5. Beweislastverteilung und Einlassungsobliegenheit	1781
C. Haftungsrisiken beim Lufttransport	1782
I. Grundlagen der Haftung	1782
II. Die Haftung nach dem Warschauer Abkommen	1782
III. Die Haftung nach dem Montrealer Übereinkommen	1784
D. Haftungsrisiken beim Seetransport	1785
E. Haftungsrisiken beim Binnenschifftransport	1788
F. Haftungsrisiken beim multimodalen Transport	1790
G. Haftungsvermeidung in der betrieblichen Praxis	1792
I. Betriebliche Organisation/Schnittstellenkontrollen	1792
II. Diebstahlschutz	1793
III. Separate Wertgutbeförderung	1793
IV. Beförderungsausschluss für bestimmte Güter	1794
V. Vertragliche Modifizierung der Haftungsregelungen	1794
VI. Eindecken eines ausreichenden Versicherungsschutzes	1795

§ 57. Compliance im Presse- und Verlagswesen (Partikel)

A. Einleitung	1799
B. Rechtlicher Rahmen im Presse- und Verlagswesen	1799
I. Verlagsrecht	1800
1. Verlagsgesetz	1800
2. Verlagsvertrag	1800
3. Preisbindung von Verlagserzeugnissen	1801

	Seite
II. Presserecht	1802
1. Pressefreiheit	1802
2. Auskunftsansprüche der Presse	1803
3. Journalistische Sorgfaltspflichten bei der Berichterstattung	1804
4. Impressumspflicht und Haftungsverantwortung der Pressebeteiligten ...	1805
C. Journalistische Verhaltensgrundsätze	1806
D. Risikobereiche in Presse- und Verlagsunternehmen	1808
I. Pressedelikte	1808
1. Allgemeines	1808
2. Wesentliche Straftatbestände	1810
II. Presserechtliche Haftung	1811
1. Allgemeines zum Persönlichkeitsrecht	1811
2. Ansprüche des Betroffenen	1813
III. Wettbewerbsrechtliche Haftung	1814
1. Anzeigen	1814
2. Vertrieb	1815
IV. Kartellrechtliche Aspekte	1816
1. Kartellverbote	1816
2. Verbandskartellrecht	1817
3. Missbrauch marktbeherrschender Stellung	1817
4. Pressefusionskontrolle	1819
E. Haftungsvermeidung durch Organisation	1820
I. Unternehmensrichtlinien und Dienstanweisungen	1820
II. Mitarbeiterschulungen	1821
III. Lektorat	1821
IV. Vertragsmanagement	1822
V. Exkurs: Umgang mit der Presse im Krisenmanagement	1822

§ 58. Compliance in der Lebensmittelwirtschaft (Riemer)

A. Einführung	1825
B. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittel im Überblick	1827
C. Betriebsspezifische Compliance	1828
I. Lebensmittelrechtliche Verantwortung des Unternehmers	1828
II. Delegation der Verantwortung	1828
III. Einhaltung der Verantwortung	1829
1. Hersteller	1829
2. Importeur	1830
3. Großhändler	1831
4. Einzelhändler	1831
IV. Personal	1831
V. Betriebliche Registrierung bzw. Zulassung	1831
D. Produktspezifische Compliance	1832
I. Herstellungsvorschriften	1832
II. Behördliche Genehmigungen	1833
III. Herstellung nach HACCP	1833
IV. Sicherheit der Lebensmittel	1834
V. Sicherheitskriterien	1834
1. Gesundheitsschädlichkeit	1834
2. Ungeeignetheit	1835
3. Umsetzung in der Praxis	1835
VI. Täuschungsschutz und Kennzeichnung	1836
VII. Rückverfolgbarkeit	1837
VIII. Rückruf und Rücknahme	1837

Inhaltsverzeichnis

LV

	Seite
E. Information und Kommunikation	1838
I. Informationsrecht der Behörde	1838
II. Informationspflicht des Lebensmittelunternehmers	1838
III. Informationsrecht des Verbrauchers	1839
F. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittelbedarfsgegenstände im Überblick	1839
G. Rechtlicher Rahmen für Kosmetika im Überblick	1840
H. Krisenmanagement	1840
I. Grund für eine Krise	1840
II. Vorbereitung auf eine Krise	1841
1. Krisenteam	1841
2. Organisationshilfen des Krisenteams	1841
3. Umgang mit der Krisensituation	1842
4. Kommunikation	1842
III. Nach einer Krise	1843
I. Lebensmittelüberwachung	1843
I. Aufgaben	1843
II. Befugnisse	1843
1. Anordnungen	1844
2. Probennahme	1844
3. Persönliche Maßnahmen	1844
J. Zertifizierungen	1845

§ 59. Compliance in Verbänden (Brouwer)

A. Einleitung	1848
I. Die Vielseitigkeit der Verbandslandschaft	1848
II. Besonderheiten der Verbands-Compliance	1849
III. Die verschiedenen Compliance-Rollen von Verbänden	1850
IV. Die wachsende Bedeutung von Verbands-Compliance	1851
B. Die Compliance-Verantwortlichkeiten im Verband	1851
I. Die (externe) Compliance-Verantwortung des Verbands für seine Mitarbeiter und „Vereinsglieder“	1852
1. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitarbeiter	1852
2. Compliance-Verantwortung des Hauptvereins für seine Untergliederungen	1857
3. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitglieder	1861
4. Compliance-Verantwortung für Beteiligungsgesellschaften	1862
II. Die persönliche Compliance-Verantwortlichkeit der Verbandsmitarbeiter	1862
1. Gesetzlicher Vorstand	1863
2. Fakultative Leitungsorgane („Verbandsgeschäftsführer“)	1870
3. Sonstige Mitarbeiter (Compliance-Beauftragte)	1871
C. Verbandsspezifische Compliance-Schwerpunkte	1872
I. Beachtung des internen Vereinsrechts	1872
II. Verbandskartellrecht	1873
1. Übersicht	1873
2. Kartellrechtliche Risikobereiche und Orientierungshilfen	1874
III. Zuwendungen anlässlich der Verbandsarbeit	1879
1. Übersicht	1879
2. Zuwendungen an Amtsträger	1880
3. Bestechung von Mandatsträgern	1882
IV. Steuerrechts-Compliance	1882
1. Gemeinnützige Vereine	1883
2. Berufsverbände	1885
V. Datenschutz-Compliance	1888
1. Übersicht	1888

	Seite
2. Bestellung eines Datenschutzbeauftragten	1889
3. Organisation (gemeinsamer) elektronischer Datenbanken	1890
4. Offene E-Mail-Verteiler	1891
5. Herausgabe von Mitgliederlisten	1892
VI. Urheberrechts-Compliance	1894
D. Schlusswort	1894

§ 60. Compliance in der Öffentlichen Verwaltung (Vogelsang)

A. Einleitung	1897
B. Ausgangspunkt	1897
C. Das bestehende Regelwerk und Maßnahmen der Verwaltung	1898
I. Korruptionsprävention	1898
1. Richtlinie zur Korruptionsprävention	1899
2. Rundschreiben zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken	1901
3. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft	1901
II. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden und sonstige Schenkungen)	1902
III. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung ..	1903
D. Die Umsetzung des Regelwerkes	1904
I. Korruptionsprävention	1904
II. Sponsoring	1904
III. Externe Personen	1904
E. Compliance in der Praxis	1905
I. Interne Kontrollsysteme	1905
II. Gerichtliche Kontrolle	1906
F. Fazit	1907

§ 61. Compliance im Messebereich (Partikel)

A. Einleitung	1909
B. Rechtlicher Rahmen	1910
I. Öffentlich-rechtliche Vorschriften	1912
1. Gewerberecht	1912
2. Versammlungsrecht	1915
3. Baurecht	1915
4. Gaststättenrecht	1916
5. Straßen- und Straßenverkehrsrecht	1917
6. Jugendschutzrecht	1917
7. Vergaberecht	1918
8. Kartellrecht	1918
9. Künstlersozialversicherung	1919
10. GEMA	1919
II. Privatrechtliche Vorschriften	1920
1. Messegesellschaften	1920
2. Messeveranstalter	1921
3. Messedienstleister	1922
4. Aussteller	1924
5. Besucher	1925
III. Strafrechtliche Vorschriften	1926
1. Generelle Strafrechtsvorschriften	1926
2. Strafrechtliche Besonderheiten mit Blick auf Amtsträger	1926

Inhaltsverzeichnis

LVII

	Seite
C. Haftung	1927
I. Vertragliche Haftung	1928
1. Vertragliche Haftung	1928
2. Vorvertragliche Haftung	1929
3. Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter	1929
II. Deliktische Haftung	1929
1. Unerlaubte Handlung	1929
2. Haftung für Verrichtungsgehilfen	1930
III. Organhaftung	1930
IV. Schadensersatz	1930
V. Haftungsbegrenzung	1931
VI. Versicherungen	1931
D. Risikobereiche in Messeunternehmen und Verhaltensgrundsätze	1932
I. Sicherheit und Ordnung	1932
II. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen und Abgaben	1933
III. Vergabe von Aufträgen	1934
IV. Akquisitionen und Repräsentationen	1934
E. Haftungsvermeidung durch Organisation	1936
Anhang: Leitlinien für die Tätigkeit in der Compliance-Funktion im Unternehmen	1937
Sachregister	1947



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG